

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

52. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 14. Februar 1914

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Verjammlungs-, Vergnügungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 19

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Kritik: Die „Typographischen Jahrbücher“.
Das Buchgewerbe im Zustande: Österreich, Volkswirtschaft: Ursachen und Folgen sozialpolitischer Reaktion.
Korrespondenzen: Schaffenburg. — Berlin. — Berlin (M.-M.). — Eibitz. — Kollbus. — Mannheim. — München (M.-M.). — Schramberg.
Zeitschau: Glückliche Buchdrucker! — Die Wahrnehmung berechtigter Interessen durch die Presse im Streitfall. — Abkommenversicherung und sozialdemokratische Presse. — Abgewiesene Schadenersatzklage gegen eine Gewerkschaft. — Fortschritt der „Volksfürsorge“. — Städtische Lebensmittelversorgung. — Ehrlicher Terrorismus. — Beginnende Zerfahrenheit unter den Gelehrten. — Zur ewigen Kalenderreform.

Die „Typographischen Jahrbücher“

Mitte Januar brachten wir zwei Artikel, die sich mit den Befragungen der Fachpresse an der letztmaligen Jahreswende beschäftigten. Post festum kam nun noch eine Fachschrift mit Meinungsäußerungen, die auf Beachtung Anspruch erheben wollten und sie auch verdienen, obwohl man sie nicht ohne Widerspruch hinnehmen kann. Das ist ja bei den schon besprochenen ebenfalls so gewesen, nur ist hier alles unter einen andern Gesichtswinkel eingestellt.

Heft 1 der im Verlage von Julius Mäjer in Leipzig im 35. Jahrgang erscheinenden „Typographischen Jahrbücher“ ist den bekannten Weihnachts- oder Neujahrsausgaben der buchgewerblichen Fachschriften gleichzusetzen: verstärkter Umfang, mehr Beilagen, gewählterer fertiger Inhalt. „Rück- und Ausblicke“ nennt sich der führende Artikel in diesem uns erst Ende Januar zugegangenen Heft. Wir können ihn erst jetzt besprechen und tun das in der gleichen äußeren Form wie bei den gedachten Artikeln der übrigen Fachpresse.

Der erste Teil ist dem fachtechnischen Gebiete gewidmet. Es sind Wahrheiten darin enthalten, aber auch versteckte Anschauungen. Wir können gleichfalls nicht alles als Segen für das Gewerbe ansehen, was von Künstslerseite uns besichert worden ist. Man mache aber nicht den Abzidensfehler verantwortlich, daß er nun auch künftige. Es wird ja von ihm diese Erleuchtung verlangt! Daß die Buchdruckerkunst noch nie so tief gestanden haben soll wie in den letzten Jahren, ist einfach eine Hyperbel.

Herr Julius Mäjer ist selbst Verfasser dieser Betrachtungen, die in ihrem zweiten Abschnitt sich der sozialen Frage unserer engern gewerblichen Welt zuwenden. Nach seinen eigenen Worten ist man an ihn herangekreten mit dem Buhne nach „einer weislich vernehmbareren Kundgebung seiner Meinung über die vorhandenen Wirren“. Wir wissen also, daß hier ein alter, von der Pike auf gedienter Buchdrucker spricht, der zuzeiten einer der führenden Geister auf Prinzipalsseite war, während seine Gehilfenlaufbahn keine sonderlich exponierenden Etappen aufwies.

Die Darlegungen des Herrn Mäjer gipfeln darin, daß der Organisationsvertrag, an dessen Zustandekommen er tatkräftigen Anteil genommen, unnötigerweise zu einem Fehlschuss wurde. Auf dieses Verlangen führt er alles Ungemach unserer Lage zurück, das ihn, wie man annehmen muß, psychologisch stärker berührt als manchen andern, der durch den Organisationsvertrag von 1903 keine Berge versehen sah, vielmehr in ihm einen begrüßenswerten Versuch erblickte, die gewerblichen Verhältnisse wie nicht zuletzt die gegenseitigen Beziehungen stabiler zu gestalten. Herr Mäjer indessen meint:

Dieses vertraglich festgelegte Hand-in-Hand-gehen von Prinzipalen und Gehilfen bedeuft für alle an den betreffenden Sitzungen teilnehmenden Kollegen den Anfang einer so idealen Lösung der sozialen Frage innerhalb unres Buchdruckergewerbes, daß sie vorbildlich für unser ganzes deutsches Vaterland hätte werden können. Man sieht, Herr Mäjer hatte seine Hoffnungen sehr hoch gespannt; ob die aller Verhandlungsteilnehmer auch einen Tharususgang nahmen, kann wohl dahingestellt bleiben. Es würde ihren guten Herzen aber gewiß Ehre machen, wenn sie gleich Herrn Mäjer sich überschwenglichen Erwartungen hingeeben hätten.

Daß nun diese Hoffnungen sich nicht erfüllt haben, beklagt Herr Mäjer sehr. Die Schuld mißt er jedoch eher dem Deutschen Buchdruckervereine denn dem Verbands zu. Dann malt er mit charakteristischen Kreuz- und Querstrichen ein Bild zusammen, was insolgeßens heute geworden sei und hält Ausblick, wie der Zerfahrenheit und Serklüftung doch noch beizukommen wäre. Wir wollen da Herrn Mäjer selbst sprechen lassen:

Wir geben zu, daß die Durchführung der oben-erwähnten Vertragsbestimmungen unendliche Arbeit verursacht hätte. Die Arbeit mußte aber getan werden, der Deutsche Buchdruckerverein mußte die ihm vertraglich zugesicherten Rechte in einer keine Mitglieder so zufriedenstellenden Weise zu wahren suchen, daß Zweifel an der wohlthätigen Wirkung des Bündnisses gar nicht aufzutauchen konnten.

Wenn die heute noch möglichen öffentlichen Verurteilungen und alle die solchen ähnlichen Anzapfungen in der Presse und in den Verjammlungen ebenso den beruflichen Instanzen unterstellt worden wären wie alle das Arbeitsverhältnis in den kleinsten wie größten Druckereien betreffenden Angelegenheiten, wenn nur durch Schiedsgericht festgestellte Abstände öffentlich gerügt werden dürfen — dann hätte man sich gegenseitig zur absolut notwendigen regelmäßigen Zusammenarbeit nicht nur erboten, sondern man hätte bei diesen Gelegenheiten auch jenen Sündern gegen die aufgestellten Tarife näher kommen können, die man heute zwar allseitig kennt, die man aber nicht zu fassen imstande ist! Wäre das alles geschehen — wir sind überzeugt, der Zusammenschluß des Gewerbes wäre als Wohltat empfunden worden. Es wäre die im Widerspruch mit dem oben erwähnten § 1 des Vertrags stehende jegliche Richtung in der Gehilfenpresse ebenso unmöglich geworden wie die scharfmacherischen Regungen innerhalb des Deutschen Buchdruckervereins. Es wäre dann vielleicht auch die Gründung des „Fonds für besondere Zwecke“, der in der Zeitschrift gehilfenförmig so stark bekämpft wird, unterblieben, weil man gar nicht nötig gehabt hätte zum Kriege, der jetzt allgemein unvermeidlich erscheint, zu rufen.

Nach dem heutigen Stande der Dinge dürfte dieser Fonds doch vielleicht eine friedensstiftende Eigenschaft besitzen. Das Vorhandensein einer mehrere Millionen Mark starken freien Unterstützungskasse wird in Gemeinschaft mit der als Folge eines Tarifkrieges zweifellos eintretenden Heranziehung der Frauenarbeit zur Bedienung der Sehmachinen selbst denjenigen, welche den Krieg gegen die Arbeitgeber in allen Tonarten predigen, Anlaß geben, sich vorher darauf zu besinnen, daß das Wohl eines Gewerbes nur durch ein vernünftiges Hand-in-Hand-gehen der ein Ganzes bildenden Teile desselben gesichert wird.

Manches ist dunkel, einiges wahr, das meiste jedoch Trugschlus. Man kann den Stand der Dinge von heute wenig erbaulich finden, daß ein Krieg unvermeidlich ist, wird ebenso zu bestreiten sein, wie wir nach wie vor die Notwendigkeit des Fonds für besondere Zwecke verneinen werden. Herr Mäjer, in dessen Gesichtskreis einer idealen Lösung der sozialen Frage innerhalb unseres Gewerbes der Rüstungsfonds der Prinzipale so schlecht hineinpaßt, mißt ihm schließlich doch eine friedensstiftende Eigenschaft zu. Insofern nämlich, als die Millionen dieses Kriegsschatzes die von Herrn Mäjer irgendwo entdeckten talentfülleren Gehilfenkreise zur Käson zu bringen vermögen. Die Heranziehung der Frauenarbeit zur Sehmachinenbedienung ist Herrn Mäjer als Folge eines Tarifkrieges ganz zweifellos ohne und erscheint ihm geeignet, auch diejenigen Gehilfen zu ernüchtern, „welche den Krieg gegen die Arbeitgeber in allen Tonarten predigen“. Diese Wissenschaft bedeutet den Höhepunkt der Weltfremdheit, der wir auch bei Erwähnung der „jetzigen Richtung in der Gehilfenpresse“, bei den „öffentlichen Berufserklärungen“ wie bei den „ähnlichen Anzapfungen in der Presse und in den Verjammlungen“ begegnen.

Wenn die letzteren beiden Vorhaltungen auf die Gehilfenerschaft gemünzt sein sollten, so hätten wir einiges Interesse für die dafür zu erbringenden Beweise. Wahrscheinlich verhält es sich damit wie mit der Erfindung der angeblich alle Tonarten beherrschenden Kriegsrufers gegen

die Prinzipalsität. Von einem so alten und erfahrenen Buchdrucker derartige Ungereimtheiten zu vernehmen, ist nicht gerade angenehm. Oder sind diese permanenten Kriegserheber in der Gehilfenerschaft nur entdeckt, um zu den „scharfmacherischen Regungen innerhalb des Deutschen Buchdruckervereins“ die entsprechende Fülle zu bilden? Eine ebenso merkwürdige Entdeckung ist die mit dem § 1 des Organisationsvertrags in Widerspruch stehende „jetzige Richtung in der Gehilfenpresse“. Die Gehilfenpresse besteht nur aus zwei Organen. Macht nun Herr Mäjer dem „Korr.“ oder dem „Exp.“ den Vorwurf, an den im § 1 bestimmten Zwecken: „Sehung des Buchdruckergewerbes“, der „Durchführung und Respektierung der tariflichen Rechte und Pflichten der Prinzipale und der Gehilfen“ unter „Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen“, nicht mitzuwirken? Sollte das Verbandsorgan gemeint sein, so wäre das in jedem Betracht eine Aburteilung ohnegleichens. Herr Mäjer ist eben gar nicht glücklich in seinen Argumenten. Der ihn besiegelnde gute Wille ist keine Entschuldigung für die verächtlichen faux pas.

Uns deucht, Herr Mäjer war vom Jahre 1906 ab eine geraume Zeit an der Entwicklung der Dinge in unserm Gewerbe desinteressiert. Die Tarifgemeinschaft stand damals im Zenit prinzipalsseitiger Zuneigung, es konnte daher eine Illusionspolitik wie die von Herrn Mäjer vertretene wohl Anhänger finden. Aber das tausendjährige Reich kam dennoch nicht, die Realpolitiker behielten vielmehr recht. Sie, die sich gewiß zu den überzeugten Vertretern und Verteidigern der Tarifgemeinschaft rechnen, waren einseitig genug, von ihr nichts Anmögliches zu erwarten. Die Unterscheidlichkeit der Unternehmer- und der Arbeiterinteressen, der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ist nun einmal auch durch die beste Tarifgemeinschaft und den idealsten Organisationsvertrag nicht aus der Welt zu schaffen. Das ist unser Standpunkt auch gewesen in den Tagen von 1906, als die Tarifgemeinschaftsbeilegerung bei den Prinzipalen — in der Gehilfenerschaft plähten bekanntlich die Geister insonderheit wegen des Organisationsvertrags ziemlich geräuschvoll aufeinander — die Wirklichkeit bisweilen zu sehr unter den Füßen verlor. Es soll das kein Vorwurf, sondern nur eine Konstatierung sein. Wir wissen wohl, daß manchmal solche suggestive Stimmungsauslösungen keineswegs vom Ubel sind.

Aber das ist nicht einmal das Wesentliche. Inre gewerbepolitische Wage ward vielmehr durch äußere Einwirkungen und Widerstände stark aus dem Gleichgewichte gebracht. Der Arbeitgeberverband im Buchdruckgewerbe wurde gegründet und richtete seine Hauptangriffe gegen den Organisationsvertrag, der dem Verband eine schier unmaßstäbliche Macht verliehen und die Sozialdemokratie stark fördern sollte. Bekannermachen muß der rote Lappen ja zu allem herhalten. Was der nicht einflußlose (verstorbene) Kaplan Dasbach, der dem Scharfmacherverband angehörte, damals über die Verhältnisse in unserm Gewerbe zusammen schrieb und an Entwicklungsmöglichkeiten zusammenreimte, war ganz unverantwortlich. Der um einen billigen Einkaufspreis christlich gewordene Gutenbergbund vollführte im Verein mit seinen neuen Wokpivoliären einen Mordspektakel und eröffnete mit moralwidrigen Geschossen eine Kanonade gegen den Organisationsvertrag in der Presse. Im Dezember 1907 einigten sich deshalb die beiderseitigen Organisationsvorstände, den noch nicht in Kraft getretenen § 4 überhaupt fallen zu lassen. Der Verband konnte aus besondern Gründen dem ohne große Bedenken zustimmen. Der Deutsche Buchdruckerverein war ohne sein Verschulden dazu gedrängt. Wenn durch diesen Schrift der Öffentlichkeit gezeigt werden sollte, wie wenig die buchgewerblichen Hauptorganisationsstellen eine gegenseitige Begünstigung notwendig haben, so kam aber der irreführenden öffentlichen Meinung dieses Empfinden gar nicht. Dem Organisationsverträge jedoch war nun sozusagen die Seele genommen.

Die Dinge nahmen dann auch im weltlern einen andern Lauf, wie es nach der Vorstellung des Herrn Mäjer hätte gehen müssen. Der Arbeitgeberverband fand zwar numerrich keinen Boden, keine Tendenzen aber in größeren

Prinzipalstreifen, mehr oder weniger willige Maßnahme. Die unperkbare Erklarung der Unternehmerorganisationen in Deutschland gab ihnen auch aggressiven Charakter. Der Scharfmacherfeld breitete sich aus, reaktionäre Gelüste allenthalben, Ausbrechen der Gelbucht überall, brennende Zeitkämpfe, wozu man blickte. Das hätte nicht abfärben sollen bei unsern Prinzipalen, die bald nicht allein mehr vom Arbeitgeberverband eingeholt wurden, denen im Gutenbergsbunde sich ein verheißungsvoller Anlauf „wirklichkeitsfriedlicher“ Symptome in der Gehilfenchaft bot? Dann die Tarifrevision von 1911, deren Verlust in weitesten Prinzipalstreifen den Entschluß zur Folge hatte, so könne es mit den Bewilligungen an die Gehilfen nicht fortgehen. Konsequenz davon: Rufen auf 1916, Verbleibungsabsichten en masse, scharfe Tonart der „Zeitschrift“, Schaffung des besondern Fonds als Kriegsfonds. So, Herr Mäler, ist es doch gekommen! Der Verband hat zu dieser Entwicklung weder Veranlassung gegeben, noch durch eine veränderte Haltung dazu beigetragen. Vom Deutschen Buchdruckervereine hätte allerdings vieles verhindert oder doch anders gestaltet werden können. Aber selbst, wenn man es gewollt oder gekonnt hätte: der Organisationsvertrag wäre nicht das Zauberwort gewesen, die bösen Geister zu bannen oder eine solche Zuspitzung der Dinge zu verhindern.

Wie Ebbe und Flut, so hat eben alles seine Zeit — die himmelfürmende Inflationspolitik wie die Scharfmacherei als Kehrseite jener schönen Medaille. In der „Zeitschrift“ zeigt sich das seit einiger Zeit. Die aggressiven Artikel haben aufgehört. Daß nicht alles, was in einem Unternehmerorgan steht, den Beifall der Arbeiter finden kann, ist schlechterdings selbstverständlich. In der Nummer vom 10. Februar trifft ein eingehender Artikel manches auf den Kopf. Eine gewisse Tarifmildigkeit bei den Prinzipalen ergebe sich leider aus der „Zeitschrift“. Die von Prinzipalstreifen zu hörenden Kritiken seien aber, „meist allzu subjektive Symptome“. Wenn einzelne Bestimmungen des Tarifgesetzes auch Anlaß zur Unzufriedenheit geben könnten, so sei das natürlich, denn weder der Arbeitgeber noch der Arbeiter könnten von jeder Bestimmung voll befriedigt sein.

Solche kleine Mißbilligkeiten bedeuten aber nichts im Vergleich zu dem großen Segen, der uns allen aus der tariflichen Gemeinschaft dadurch erwächst, daß sie unsern Gewerben den Frieden erhält, ist der sehr richtige Schluß des recht einsichtsvollen Verfassers. Wir glauben auch, die Vorgänge in Österreich haben in vielen Prinzipalstreifen Abkühlung erzeugt, so daß Stimmen wie die ältteste jetzt wohl nicht ganz zufällig in der „Zeitschrift“ zu hören sind. Gallen aber die österreichischen Lehren auch nicht mehr vor, wird der „Korr.“ sein erprobtes Ernüchterungsverfahren wieder in Anwendung bringen.

Herr Mälers Sammelruf ist gewiß gut gemeint, das ist aber auch alles, was für ihn spricht. Man darf bei Beurteilung unserer Zeit diese nicht in die Schablone eines bestimmten Vorganges pressen und soll ihr nicht mit Wundermitteln helfen wollen, die zu dem realpolitischen Zuge der Gegenwart schlecht passen.

Die von Herrn Mäler aufgerufenen alten erprobten Führer haben wie drüben werden hierlich die Erfahrungen der letzten 40 Jahre nicht preisgeben wollen, sondern das mühsam Gewordene groß und stark zu erhalten suchen. Auf Seiten der Gehilfenchaft haben die erprobten alten Führer auch dieser Erkenntnis ohne Schwierigkeiten zum Durchbruch verholfen, wie unsere Danziger Generalversammlung es so eifrig dargelegt hat. Möge Herr Mäler seinen Kreisen diese Notwendigkeit ebenso allgemein beibringen, dann ist mehr erreicht, als durch einen solchen zeitschreienden Artikel jemals ausgewirkt werden kann.

Das Buchgewerbe im Auslande

Österreich. Die Beratungen des Tarifausschusses waren beim Abschluß der vorliegenden Nummer noch nicht beendet. Die endgültige Entscheidung wird voraussichtlich erst am Tage des Erscheinens dieser Nummer fallen. Zu den schon genannten beiden Organen, die vorzeitig und entgegen der getroffenen Abmachung über Teilergebnisse der österreichischen Tarifverhandlungen zu berichten wußten, ist nunmehr auch die „Buchdruckerwoche“ hinzugekommen. Wir haben bereits in der Nummer vom 10. Februar darauf hingewiesen, daß die Regierung bei Einleitung der Beratungen von beiden Parteien scharfe verlangte, es dürfe vor dem Abschluß der Verhandlungen nichts in die Öffentlichkeit gelangen. Auf strikte Einhaltung des gegebenen Versprechens legen die Vertreter der österreichischen Kollegenchaft gebührendes Wert. Aus diesem Grunde unterließ auch der Wiener „Vorwärts“ eine vorzeitige Erörterung der nur als provisorisch zu betrachtenden bisherigen Ergebnisse. Sogar die Tageszeitungen haben auf die Wiedergabe von Einzelheiten verzichtet, nachdem die im „Wiener Montagsjournal“ erschienenen Mitteilungen über die Tarifvereinbarungen von der österreichischen Regierung in amtlicher Form als unrichtig bezeichnet worden waren. Es sei ferner daran erinnert, daß auch bei den Verhandlungen über die tariflichen Nebenfragen der Einfluß der Regierung nicht ausgeschaltet wurde. Dem Sekretionschef im Handels-

ministerium, Dr. Mataja, bleibt vielmehr nach den getroffenen Vereinbarungen der Parteien der Schiedspruch vorbehalten bei Fragen, über welche eine Einigung der Parteien nicht zu erzielen sein sollte. Die Notwendigkeit einer schiedsrichterlichen Entscheidung scheint in mehreren Fällen gegeben zu sein.

Selbst auf die Gefahr hin, von vornehmlich Urteilstenden als rüchftändig bezeichnet zu werden, hat es die „Korr.“ Redaktion bisher als selbstverständlich betrachtet, die Veröffentlichung von Teilergebnissen zu vermeiden. Wenn selbst die am Ausgange der Tarifbewegung am meisten interessierte österreichische Kollegenchaft von ihrem eignen Verbandsorgan aufgefordert wird, sich so lange in Geduld zu schicken, bis alles zu überblicken ist, dann müssen auch die deutschen Kollegen der Situation Rechnung fragen. Was erfordert die gewerkschaftliche Disziplin und das internationale Solidaritätsbewußtsein. Bei dieser Sachlage vermögen wir die Berliner Maschinenleger, die sich in ihrer letzten Versammlung darüber aufregten, daß sich der „Korr.“ über den Ausgang der österreichischen Tarifbewegung „wieder einmal in großes Schweigen hüllt“, beim besten Willen nicht als kompetente Richter anzuerkennen.

Bei dem Begräbnisse des von dem Berliner Streikbrecheragenen Keilung meuchlings erschollenen Kollegen Solinger in Zeilchen kam es zu großen, aber ruhig verlaufenen Demonstrationen, an denen über 5000 Arbeiter teilnahmen. Namens der reichsdeutschen Buchdrucker sprach Gauerwalter Hermann Steinbrück (Dresden) am Grabe des auf so tragische Weise aus dem Leben geschiedenen Kollegen.

Volkswirtschaft

Ursachen und Folgen sozialpolitischer Reaktion.

Stillstand ist Rückschritt! Dieser uralte Erfahrungssatz muß unwillkürlich jedem denkenden Arbeiter durch den Kopf gegangen sein, der sich über den gegenwärtigen Standpunkt der Reichsregierung gegenüber der deutschen Sozialversicherung auf Grund der Berichte in der Tagespresse über die Reichstagsverhandlungen im Verlaufe der zweiten Hälfte des Januar d. J. informierte. Es soll die deutsche Sozialpolitik mit der Reichsversicherungsordnung zu einem gewissen Abschluß gelangt sein, wie es der Staatssekretär des Innern v. Delbrück offiziell verkündete. Er war zwar noch so entgegenkommend, zu betonen, daß das keine „unrer Sozialpolitik“ bedeute, denn eine verständige Sozialpolitik bilde eine Grundbedingung für das Deutsche Reich. Es soll damit aber nicht nur dem Arbeiter, sondern auch dem Unternehmer gegeben werden, was ihm zustehe, und zwar ein Maß von wirtschaftlicher und moralischer Ellenbogenfreiheit, das ihm ermögliche, die bisher erlangte hervorragende Stellung in der Welt behaupten zu können. Daraus geht also hervor, daß die Reichsregierung glücklich soweit gekommen ist, wie es die Mehrzahl der deutschen Unternehmer haben wollte. Die Unternehmerinteressen haben auch auf dem Gebiete der Sozialversicherung die Oberhand bekommen. Die parlamentarische Macht war teils zu schwach, dies verhindern zu können, teils zu nachgiebig und widerstandsunfähig, wo nicht direkte Begünstigung spezifischer Unternehmerinteressen als programmatische Verpflichtung galt. Die ökonomischen Wurzeln haben wieder einmal die ethischen Kräfte überwältigt und den zerstückelten deutschen Parlamentarismus wieder einmal als Negation der Position erscheinen lassen. Wohl hat es nicht an Stimmen gefehlt, die das Gefährliche einer solchen Politik mit beredeten Worten kennzeichneten, aber das Resultat dieser parlamentarischen Auseinandersetzungen blieb Schall und Rauch. Das Semaphor für die Bahn der Sozialversicherung ward vom Regierungsvertreter unter Zielbombenverfchluß auf „Saft!“ gestellt und wird bis auf weiteres auch nicht wieder gelöst werden. Die kapitalistische Entwicklung, das Unternehmertum, will es so!

Warum wünschen und fordern das deutsche Unternehmertum und die Großagrarien diese Zurückhaltung der Leistungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik? Weil die Widerstandskraft der Arbeiterschaft gegen die kapitalistische Ausbeutung geschwächt werden soll. Der schlaueste Mann aus der Werkstätt, der nur zu bitten und nicht zu fordern wagt und keine organisierte oder ökonomische Rückendeckung für eine etwaige Durchsetzung seiner Forderungen hat, das ist in den Augen der Auser im jetzigen Kampfe gegen jeden weitem Ausbau der Sozialpolitik der Mann, der den „Staat“ erhält.

„L'état c'est moi!“ „Der Staat bin ich“, galt nicht nur für den bekannten französischen König des Absolutismus, die heutigen Industriefürheren und Unternehmerführer nebst Gefolge denken gerade so. Aber zum „Herrn im Hause“ gehört der Schlaue, nicht der freie, selbstbewußte, zum Kampfe für Kulturforschritte entschlossene und fähige Arbeiter. Daher der immer lauter werdende Ruf der Unternehmer nach verstärktem Schutze der Arbeitswilligen, nach Einschränkung des Anstaltsrechts sowie Rückwärtsreidung der Sozialversicherung. Es sind Kronegeger des immer scharfer gewordenen Gegenstabes zwischen Kapital und Arbeit. Weil als ob jeder einzelne Unternehmer persönlich eine Freude an der Unterdrückung der Arbeiterschaft hätte. Das ist gar nicht unbedingt notwendig. Allein die Entwicklung der modernen Wirtschaftsformen, wie wir sie in Nr. 10 klargelegt haben, bringt es in ganz organischer Weise mit sich, daß jeder Schritt, den die Arbeitswirtschaft nach vorwärts und aufwärts tut, den Bereich der Kapitalwirtschaft bedrängt, indem dadurch ihr Ertrag geschmälert und schließlich auch ihre ökonomische Macht geschwächt wird. In diesem Sinne hat zweifellos der bisherige Auf- und Ausbau der Sozialversicherung der Arbeiterschaft große Dienste geleistet, aber nicht weniger auch

der Kapitalwirtschaft. Denn aus der deutschen Sozialversicherung ist speziell der deutschen Industrie nicht zum kleinsten Teile der Vorteil erwachsen, daß sie mit materiell, gesundheitslich und ethisch gebildeten Arbeitsträgern rechnen kann und dadurch in erster Linie gerade infolge und nicht trotz der Sozialversicherung die jetzige hervorragende Stellung auf dem Weltmarkt erringen konnte. Darum sind auch die Ausgaben für die Sozialversicherung nicht als Last, sondern nur als notwendige Speise unserer deutschen Volkswirtschaft zu betrachten, „die“, nach dem Wörterbuche der Volkswirtschaft, „ähnlich wie die der Wehrkraft, dem Meer und der Marine, gewidmeten Posten unsres Reichshaushalts dazu berufen sind, die Bedingungen für eine erprobliche wirtschaftliche Tätigkeit zu schaffen. Sie sind in hohem Maße reproduktiv“. Außerdem sind diese „Lasten“ nicht einmal so besonders groß. Der Zentrumsabgeordnete Oberleser berechnet sie neuerdings auf 3 bis 4 Prozent der Lohnsumme. Und nach seiner Ansicht gibt es wohl heute keinen Unternehmer mehr, der so dumm wäre, die Beiträge für die Arbeiterversicherung nicht in die Preise hineinzu kalkulieren.

Hier sind wir bei dem springenden Punkt angelangt, um den sich alles dreht, wenn wir das ganze gegenwärtige Kesselstreben des Unternehmertums und der ihm genehmigungsverwandten Kreise gegen die Sozialversicherung in seinen Ursachen und Folgen besser verstehen und würdigen wollen. Wer ist denn der eigentliche Träger der Sozialversicherungslasten? Sind es die Unternehmer, die Arbeiter oder die Konsumenten? Hört man die Unternehmer, so sind natürlich sie allein die Leidtragenden. Sie müssen nach ihrer Ansicht dem Arbeiter nicht nur Arbeit und Lohn geben, sondern für ihn auch noch die Beiträge für die Sozialversicherung aufbringen. Die Arbeiter dagegen sagen, wir bringen in den Produktionsprozess unsere Arbeitskraft und den größten Teil unsrer Lebenskraft, sie hat nicht weniger Anspruch auf Verwertung und Vergütung wie jedes andre Kapital. Lohn oder Gehalt für die Eingabe der Arbeitskraft und teilweiser Verlust der persönlichen Freiheit während des Produktionsprozesses bilden den Kaufpreis, und die dazu gehörigen beiderseitigen Ausgaben für die Sozialversicherung sind nichts andres als eine minimale Vergütung des Arbeitskapitals für die Zeit, da ihr Träger infolge der verschiedenen Nachteile des Arbeitsprozesses für Leben und Gesundheit seine Arbeitskraft nicht mehr zu verkaufen imstande ist. Die Beiträge für die Sozialversicherung sind also nach dieser Definition nur ein Teil des Arbeitslohns und somit auch ein festschender Teil der Produktionskosten für den Unternehmer, die jeder Abnehmer seiner Waren bezahlen muß. Der Unternehmer muß mit diesen Ausgaben ebenso rechnen wie mit allen übrigen Einzelposten der Geseßungskosten und sie dementsprechend auch bei der Preisfestsetzung unbedingt in Anschlag bringen. Kein Mensch verlangt von ihm, daß er das nicht tun soll. Und keine Konkurrenz zwingt ihn zum Gegenteil. Ob er es tut oder nicht, ist also für ihn nur ein Rechenegenpel, weiter nichts. Schlägt er diese Ausgaben nicht zu den Preisen seiner Produkte, so verkürzt er dadurch nur willkürlich seinen eignen Gewinn und schwächt dadurch die Siegerung seiner Konkurrenzfähigkeit zum Vorteile seiner Konkurrenten mit der unabweislichen Folge, daß er gezwungen sein wird, sich für dieses Defizit wieder in anderer Richtung schadlos halten zu müssen. Die Bekämpfung von Arbeiterforderungen ist ein bekanntes Mittel der letzteren Art. Es wird zweifellos nicht an Unternehmern fehlen, die trotz alledem glauben machen wollen, es sei eine besonders soziale Handlung von ihnen, wenn sie die Beiträge zur Sozialversicherung nicht ohne weiteres in entprechenden Zuschlägen auf die Verkaufspreise umlegen. Dafür kann aber ein plausibler Grund gar nicht ernstlich geltend gemacht werden, und am allerwenigsten verlangen das die Arbeiter. Jede Arbeit ist ihres Lohnes wert, und darum ist es auch gar nicht notwendig, irgendwelche Teile der Geseßungskosten im Produktionsprozesse bei der Preisberechnung außer acht zu lassen. Von solchen Geldspargründen aus betrachteten denkende Arbeiter die Unternehmerbeiträge für die Sozialversicherung nur als gesetzespflichtige Lohnabzüge und keineswegs als eigentliche Unternehmerzuschüsse für soziale Zwecke. Dementsprechend sind aber auch die durch die Sozialgesetzgebung im Laufe der Zeit vorgenommenen, sehr minimalen Erhöhungen der Versicherungsbeiträge, soweit sie vom Unternehmer zu leisten sind, als gesetzlich vorgeschriebene Lohnerhöhungen einzuschätzen. Sie sind die Konsequenz einer fortgeschrittenen Staats- und Volkswirtschaft, als Folge mangelhafter Pflichterfüllung und allgemeinen sozialen Verfallschlusses der großen Mehrzahl der Unternehmer gegenüber den Arbeitern im Laufe der Zeit einfach unentbehrlich geworden.

Der jetzige Sturmlauf des Unternehmertums gegen jeden weitem Ausbau der Sozialversicherung hat im Grunde genommen nur in einer Erweiterung der Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft seinen Ursprung. Der immer schwerer werdende Druck der modernen kapitalistischen Produktionsform und die durch sie bewirkte Tätigkeit der freien Gewerkschaften im Laufe der Jahre immer merklicher werdende Widerstandskraft eines großen Teils der Arbeiterschaft gegen übermäßige Ausbeutung drängt dem Unternehmertum als einzige Rettung den Gedanken an eine gesetzliche und willkürliche Zurückhaltung des staatlichen Schutzes für die Arbeiterschaft auf. Vor lauter Furcht, der Auslieferung der Arbeiterklasse wäre gleichbedeutend mit dem schrittweisen Verfall der Unternehmerherrlichkeit, übersehen diese Herren vollständig, daß der Arbeiterschutz die Arbeitsmenge und Arbeitsleistung des einzelnen nicht verringern, sondern sie erhöhen will. „Wir“, so schreibt Dr. Heinz Doffhoff in der „Sozialen Praxis“, „verbieten nur deswegen die Abarbeitung, damit der Organismus genügend sich stärkt, um später mehr und Besseres zu leisten. Wir beschränken die Arbeitszeit der Frauen,

damit sie gesunde Kinder gebären können, die zu kräftigen, arbeitsfähigen Bürgern heranwachsen. . . . Der Hauptzweck sozialer Gesetzgebung ist rationelle Ausnutzung der arbeitenden Millionen; ist Anwendung der Grundfälle, die jedem Kaufmann für sein lebendes und totes Inventar als selbstverständlich gelten, auf das menschliche Genus; ist Sündenerziehung eines rationellen Raubbaus an der Gesundheit und Arbeitskraft des Menschen. . . . Und noch deutlicher heißt es an einer andern Stelle des gleichen Aufsatzes in der „Sozialen Praxis“ unter der Überschrift „Wer trägt die sozialen Lasten?“ über die Klagen des Unternehmers bezüglich der Sozialversicherung: „Daß die Arbeitgeber sich über die Amortisationsquote beklagen, ist nur auf einen Mangel an sozialem Denken zurückzuführen. Denn bisher war Menschenleben das einzige, was ihnen Staat und Gesellschaft kostenlos zur Verfügung stellte. Niemand denkt daran, ihnen die sachlichen Produktionsmittel kostenlos zu überlassen. Kein Unternehmer sträubt sich dagegen, Zins für fremdes Kapital, Miete für geliehenen Boden zu bezahlen, und die Amortisationsquote, die der Staat für Verwendung fremder Arbeitskraft verlangt, ist sehr viel geringer als die bei allen sachlichen Abschreibungen übliche und geringer als der Zins für geliehenes Sachkapital. Die 18 Millionen Arbeiter und Angestellte, die nach der letzten Berufszählung in einem Arbeitsverhältnis standen, repräsentieren im Alter von 16 Jahren ein Erziehungskapital von 100 Milliarden Mark. Die gesamte soziale Versicherung macht darauf noch kaum 1 Proz. aus. Da die Mitteldauer nur durchschnittlich 30 Jahre sicher schon zu hoch angenommen ist, so müßte bei Anwendung kaufmännischer Grundfälle von einer genügenden Abschreibung die Quote dreimal so hoch sein. Volkswirtschaftlich kann man also von einer Belastung durch soziale Versicherung durchaus nicht reden, sondern nur von einer besseren Art der Aufbringung und der Verteilung der Lebenskosten. Diese kann nicht nur noch viel weiter getrieben werden, sondern muß es auch; allerdings mit dem Vorbehalt, daß noch viel wichtiger als die Sorge für die Arbeitsfähigen der Schutz gegen Arbeitslosigkeit ist.“

Es fehlt also nicht an genügenden und auch schlagenden Beweisen dafür, daß die bisherige Entwicklung der deutschen Sozialversicherung nicht nur für die Versicherer selbst, sondern in gleicher Weise auch für die Unternehmer wie für die ganze deutsche Volkswirtschaft von großem Vorteile war. Arbeiterschaft und Volkswirtschaftler haben das schon längst erkannt und sind darum auch stets bemüht gewesen, weitere Fortschritte auf diesem Wege zu erreichen und insbesondere Rückschritte zu verhindern. Nun soll aber der Zeitpunkt gekommen sein, von wo aus keine Weiterentwicklung in fortschrittlichem Sinne mehr möglich sein soll, und zwar nicht nur in der Sozialversicherung, sondern in der Sozialpolitik überhaupt. Und da der ganze gegenwärtige Kurs der deutschen Reichsregierung zum größten Teil auf die Wünsche der Großindustrie wie der ostpreussischen Junker eingestellt ist, so wird die organisierte Arbeiterschaft gut tun, ihre zukünftige Haltung auf diese Reaktionszeit einzurichten. Es wird und muß sich zeigen, daß die Arbeiterschaft auch solchen Erscheinungen gegenüber die Waffen nicht zu strecken braucht; daß im Gegenteil eine solche Reaktion nur neue Kräfte zum Leben erweckt, die sich in härterer Schule hüten und nach alter Erfahrung dazu beitragen, um so schneller eine höhere Kulturstufe zu schaffen. Ein kurzer Rückblick auf einige mehr psychologische Nebenwirkungen der bisherigen Entwicklung der deutschen Sozialversicherung soll das etwas deutlicher machen.

Schon die Ziele der deutschen Sozialversicherung, wie sie von Bismarck in der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 angegeben wurden, lassen erkennen, daß mit ihr neben der Heilung großer sozialer Schäden auch eine Hemmung der damals besonders kräftig sich bemerkbar machenden Arbeiterbewegung erstrebt wurde. Sie sollte das Zuckerbrot des Staats neben der Peitsche der kapitalistischen Entwicklung und Gesetzgebung für die Arbeiterschaft darstellen. Sie war berufen, die ärgsten und fraulichsten Schattenseiten der industriellen Entwicklung Deutschlands für die Arbeiterschaft zu mildern und damit gleichzeitig die Schwachen an Körper und Geist abzuhalten, sich der modernen Arbeiterbewegung anzuschließen. Und es wäre eine große Kuriosität, wenn wir nicht anerkennen wollten, daß dieses Ziel mit fortschreitender Entwicklung der Sozialversicherung bis zu einem gewissen Grad auch in Erfüllung ging. Ein Blick auf die Gesamtheit der heutigen Arbeiterorganisationen zeigt deren große Zerstückelung. Wohl liegen die Hauptursachen dieser die Arbeiterschaft so gefährlich schwächenden Uneinigkeit auf verschiedenen Gebieten, aber unerwennbar ist doch eine geradezu systematisch abgestufte Stellungnahme der verschiedenen Organisationsrichtungen zu der Sozialversicherung, je nach Anerkennung der Menschenwürde, auch für den Arbeiter. Wir finden da alle Grade von der höchsten Verhöhnung bis zur kühnen Beurteilung als einer selbstverständlichen durch die heutige Wirtschaftspolitik bedingten Notwendigkeit. Aber allen brachte sie Nutzen: dem Staate, den Unternehmern wie den Arbeitern. Den freien Gewerkschaften, als der Organisationsform der Intellektuellen innerhalb der Arbeiterschaft, brachte sie eine Erleichterung durch Abnahme noch größerer materieller Opfer und ließ für sie dadurch Kräfte frei zur weiteren Fortbildung der gewerkschaftlichen Kulturarbeit, verengte ihnen aber gleichzeitig auch das Rekrutierungsgebiet unter der übrigen Arbeiterschaft. Denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Ausbau der Sozialversicherung bis zu einem gewissen Grade den Mitgliederzustrom für die freien Gewerkschaften schwächte, dafür aber die Reihen der Charakterstarken „Wirtschaftsfriedlichen“, angefangen von den radikalsten Gelben bis zu kirchlich abhängigen „Christlichen“, stärkte. Selbstverständlich sind solche Degenerationszeichen in Hinblick auf

Freiheits- und Gleichberechtigungsideale nur in ganz minimaler Weise dem Ausbau der sozialen Fürsorge zuzuschreiben; denn auf der andern Seite sind auch hoch erfreuliche Vorteile in der Hebung der untern Volksklassen und der Heilung der allerjüngsten Schäden der zunehmenden Industralisierung zu verzeichnen; aber die Rückseite dieser Medaille zeigt sich doch als ziemlich identisch mit fortschrittlichen Reaktionserscheinungen. Während die Kerntuppen der Arbeiterschaft, die freien Gewerkschaften, dank der einseitigen Wirkung der Sozialversicherung ihre Position mehr und mehr festigen konnten, wurde durch die gleichen Ursachen den vielen Allzubeckenden und Allzulangstlichen das ihnen eigene Minimum von Lebensenergie zum Kampf ums Dasein noch vollends gelähmt; der Entwicklung einer freieren Arbeiterbewegung zum Schaden und den Unternehmern zum Nutzen.

Das soll nun wieder anders werden. Dem Bismarckischen Zuckerbrot der Sozialversicherung steht die Verwandlung in Trockenbrot bevor. Die Entstehung der Selbstverwaltung der Krankenkassen und viele ähnliche „Verbesserungen“ durch die Reichsversicherungsordnung sowie die im Laufe der letzten Jahre immer mehr zuzunehmen der Arbeiterschaft veränderte Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes usw. sind gleichwichtige Aktionen in dieser Richtung. Daß die Versicherungsleistungen nicht noch schlimmer geworden sind, ist lediglich dem Einflusse der freien Gewerkschaften zu danken. Dieser Einfluß ist groß, aber vorläufig noch nicht stark genug, um die Reaktionsbewegung gegen eine fortschrittliche Sozialpolitik vollständig zu überwinden. Dazu muß diese Reaktion selbst helfen. Das wird diese letztere tun, indem sie Schritt für Schritt die Voraussetzungen beseitigt, die eine gewisse Gleichgültigkeit und Kurzsichtigkeit der nicht- oder falsch organisierten Arbeiterschaft gegenüber den freien Gewerkschaften begünstigt haben. Die zunehmende Intensität des Arbeitsprozesses, die steigende Forderung der Arbeitslosigkeit, das Sinken des realen Geldwertes und demgegenüber die Reaktion auf der ganzen Linie der Sozialpolitik, sie werden zwar die freien Gewerkschaften auch treffen, die übergroße Mehrzahl ihrer Mitglieder sind jedoch von Natur aus mutige und zuversichtliche Kämpfer ums Dasein; um so nachhaltiger wird aber die sozialpolitische Stagnation auf die übrige Arbeiterschaft wirken. Die Zahl derjenigen Arbeiter, die sich nicht willenlos alles gefallen lassen wollen, die sich ihrer Menschenwürde besser als bisher bewußt werden, sie wird wachsen. Die freien Gewerkschaften werden neue Rekruten erhalten; ihre Reihen werden sich stärken und der gewerkschaftliche Kampf wird intensiver werden als bisher. Denn wo die Sozialversicherung oder Sozialpolitik auf gesetzlicher Grundlage hinter der Forderungsmüssen zurückbleibt oder verlagert, da werden die ökonomischen Faktoren auf freier Grundlage durch außergesetzliche Vereinbarungen einbringen müssen. Es wird in weit härterer Maß als bisher das sogenannte „Konjunkturrisiko“ von den freien Gewerkschaften übernommen werden müssen und dementsprechend werden auch ihre Forderungen an das Unternehmertum zu erweitern sein.

So erst dürfte dann das eintreten, was die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ in Nr. 66 vom vorigen Jahre geschrieben hat: „Das Konjunkturrisiko ist von der Organisation übernommen worden, die es fertig gebracht hat, durch den Druck ihrer Geschlossenheit die Beiträge für die Konjunkturversicherung in allgemeinen Zuschlägen zu den Arbeitslöhnen für die Gesamtheit der Gehilfen mit zu erheben und zu kapitalisieren“. Das Verlagen der gesellschaftlichen Sozialpolitik auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung oder Arbeitslosenfürsorge, der Arbeitszeitregulierung, Stillstand oder Rückschritt auf den Gebieten der Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenfürsorge wird diese Kapitel der sozialen Zustände für die Arbeiterorganisationen und insbesondere für die freien Gewerkschaften als den faktischsten praktischen Verfechtern der Arbeiterinteressen zu besonderem Konjunkturproblemen machen, die hinter der Frage der Preisgestaltung für Lebensmittel an Wichtigkeit keinesfalls zurückstehen werden. Was bisher durch einen liberaleren Zug der Sozialversicherung einem engen und harten Kampfe zwischen Unternehmern und Arbeitern entzogen oder doch wesentlich gemildert war, wird die sozialpolitische Reaktion wieder in das begrenzte Kampffeld der Produzenten hineinstößen. Mehr als bisher wird für die Arbeiterschaft die Lohnfrage zu einer solchen werden, die weit über das jeweilige Arbeitsverhältnis hinausreicht und Faktoren berücksichtigt muß, die bei einer fortschrittlichen Entwicklung der Sozialpolitik weniger fühlbar in Erscheinung getreten wären. Wohl wird dadurch die gewerkschaftliche Arbeit erleichtert, aber sie wird zugleich auch konzentrierter. Und glücklicherweise sind wir heute trotz aller Reaktionsstendenzen in Deutschland so weit, daß die freien Gewerkschaften mit größter Ruhe der Entwicklung dieser Dinge entgegensehen können. Eine kluge und vorläufige Taktik wird sie als Träger der ökonomischen Macht der vereinigten Arbeiterschaft zum Siege führen und ihre Gegner in Volksfeinde und Volksverwunden scheiden, weil wir eben nicht mehr im finstern Mittelalter leben und jede Reaktion als Gegenbild nur Fortschritt zeigt. Die Einseitigkeit und Mistäufel der sozialen Reaktion werden am Ende vom Lied nur eine „falsche Rechnung“ als Folge ihrer trüben Spekulationen zu begreifen haben.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

M. A. Haffenburg. Eingangs der am 17. Januar abgehaltenen Generalversammlung erläuterte der Vorsitzende das bereits in Kraft getretene Statut sowie die

Vorstandsbeschlüsse. Erschienen waren 30 Kollegen. Nach Erstattung des Jahresberichts durch den Vorsitzenden und des Kassensberichts durch den Kassierer wurde zur Vorstandswahl geschritten. Da der Vorsitzende und der Schriftführer eine Wiederwahl ablehnten, mußte eine Neuwahl vorgenommen werden. Als Vorsitzender wurde Kollege Jean Kiefer und als Kassierer Jakob Brand gewählt. Der Typographischen Vereinigung wurden 30 Mk. aus der Urkassse bewilligt. Die Herberge befindet sich vom 1. April ab im neuen Gewerkschaftshaus, ebenso finden von jetzt ab die Bezirksversammlungen ebenda statt. Die Ortsvereinsversammlungen werden im alten Lokal abgehalten. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Berlin. Morgen Sonntag, den 15. Februar, von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, finden in acht Wahllokale die Wahlen zum Ausschusse für die Ortskrankenkasse für das Buchdruckergewerbe statt. Es sind zwei Listen aufgestellt: Liste 1 vom Vereine Berliner Buchdrucker und Schriftgießer und dem Vereine der Buch- und Steindruckhilfsarbeiter, Liste 2 vom „nationalen“ Gutenbergbunde. Gewählt wird nach den Grundätzen der Verhältniswahl. Also je nach der Höhe der abgegebenen Stimmen werden die Mandate verteilt. Soll der Liste 1 zum vollen Siege verholfen werden, so ist es Ehrenpflicht aller Verbandsmitglieder, sofern sie 21 Jahre alt sind, die Wahl nicht zu verfehlen. Es darf nicht ein „nationaler“ Gutenbergbündler gewählt werden! Die Vertrauensmänner werden dringend ersucht, jeden Kollegen auf die Wichtigkeit der Wahl aufmerksam zu machen und auch darauf, seine Stimme schon in den Vormittagsstunden abzugeben, da erfahrungsgemäß der Andrang in der letzten Stunde sehr groß ist. Auch jeder arbeitsfähige Kollege kann sein Wahlrecht ausüben. Wenn jeder Kollege seine Pflicht tut, so wird der „nationale“ Gutenbergbund wohl davon absehen, jemals wieder eigene Mandatanten aufzustellen.

Berlin. Vom 19. bis 25. Januar fanden in Berlin elf Bezirksversammlungen mit folgender Tagesordnung statt: 1. Rückblick auf das vergangene Jahr; 2. Instruktionen über das neue Verbandsstatut; 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkte der Tagesordnung liehen die Bezirksleiter die wichtigsten Vorkommnisse des letzten Jahrs in unserm Berufsleben Revue passieren. Die große Arbeitslosigkeit im Gewerbe und speziell in Berlin wurde nachgewiesen und zum Teil auf den Fortschritt der Technik zurückgeführt. Die Generalversammlung in Danzig und die Gauvorsitzerkonferenz wurden erwähnt. Die Scharfmachergewohnheiten der „Zeitschrift“, der Arbeitgeberverband und der Gutenbergbund fanden eingehende Kritik. Auch der Versuch der Berliner Prinzipale, schwarze Listen einzuführen, wurde erörtert und darauf hingewiesen, daß diese Maßnahme nach energischem Einspruche der organisierten Gehilfenschaft zurückgegangen wurde. Die Bezirksversammlungen haben das erste Jahr ihrer Einrichtung hinter sich, und deren Verlauf hat bewiesen, wie notwendig diese Reorganisation des Versammlungslebens in Berlin gewesen ist. Es bleibt nur zu wünschen, daß das Interesse an Versammlungsbetrieb auf die Dauer bestehen bleibt und sich auch auf diejenigen ausdehnt, die bisher noch abseits standen. Unser Mitgliederstand betrug Ende des Jahres 1912: 12087, Ende 1913: 12298, hat sich also trotz der ungünstigen Erwerbsverhältnisse um 21 Mitglieder erhöht. Die Lehrlingszahl ist dagegen erfreulicherweise im letzten Jahre heruntergegangen. Eingehende Würdigung fand auch der Kampf untrer österrreichischen Kollegen. Es wurde ihnen die Sympathie der Berliner Kollegen und der Wunsch auf glückliches Gelingen des Kampfes zum Ausdruck gebracht. Beim zweiten Punkte der Tagesordnung wurden die wichtigsten Änderungen des am 1. Januar in Kraft getretenen Statuts kurz dargestellt. Unter „Verhinderung“ wurde auf die am 15. Februar stattfindenden Wahlen für den Ausschub der Krankenkasse für das Buchdruckergewerbe aufmerksam gemacht und die Hoffnung ausgesprochen, daß alle wohlberechtigten Kollegen unter allen Umständen von ihrem Wahlrechte Gebrauch machen. Reibhafte Debatten lösten in den meisten Versammlungen Beschwerden der Kollegen aus der Druckerei von Klokow gegen den Gauvorsitzenden wegen seiner Haltung in einem kürzlich in dieser Druckerei vorgekommenen Konflikt aus. In vier Versammlungen gelangten Resolutionen zur Annahme, in denen das Verhalten des Vorstandes in dieser Angelegenheit gemißbilligt wurde. In allen Versammlungen fanden die Neuwahlen für den stellvertretenden Bezirksleiter, die Schriftführer und die Vorortvertrauensleute statt, die wenig Veränderungen brachten.

Berlin. (Maschinenmeister. — Jahrbuchbericht.) Im Berichtsjahre zeigten unsre Kollegen ein überaus erfreuliches Interesse an Vereinsleben, was aus der Beteiligung an nachstehenden Veranstaltungen ersichtlich ist. Am 12. August hielt Herr Gutschmidt von der Baugewerkschaft „Sokol“ vor etwa 400 Kollegen einen Vortrag über: „Wohnungswesen und Wohnungsreform in der Großstadt“. An Hand eines reichhaltigen Lichtbildmaterials zeigte der Referent, wie der großstädtliche Arbeiter vielsach gezwungen ist, in elenden Böhren zu hausen, die man rundweg als Krankheitsherde ansehen muß. In Gegensatz dazu sind die Siedlungen der Baugewerkschaft zu stellen; wo Luft und Licht in Fülle vorhanden sind. Daß man leider nicht mit den Mieten und die ortsübliche Höhe herabsetzen kann, liegt an der wahnwitzigen Boden Spekulation, die sich in und um Berlin bemerkbar macht. Die Versammlung beschloß sich im übrigen noch mit der Nominierung eines Druckereivertreters als Vizepräsident im Verbandsvorstande. Vorgeschieden wurde Kollege Söner, der inzwischen auch gewählt ist. — Am 5. September fand eine Vertrauensmännerversammlung statt, welche sich mit internen Angelegenheiten befaßte. — In der am 16. September abgehaltenen Vereinsversammlung referierte Kol-

lege Kärnermann über die §§ 10 Absatz 16 und 17 und 91c Absatz 2 und 3 unfres Tarifs in vorzüglicher Weise. — Am 28. September begann ein neuer Kursus unserer Nachschule unter überaus reger Beteiligung. Von dem Interesse, welches unsere Kollegen für diese Einrichtung haben, zeugt die Zahl von etwa 300 Schülern, die von vier praktisch tätigen Kollegen als Lehrern unterrichtet werden. — Die Vereinsversammlung vom 14. Oktober hörte einen Vortrag des Kollegen Fischer über: „Sofamitteldruckmaschinen“. — Ein am 19. Oktober abgehaltener künstlerischer Unterhaltungsabend erfreute sich eines derart guten Besuchs, daß sich das uns zur Verfügung stehende Gestellament als klein erwies. — In der Vereinsversammlung am 11. November hielt Kollege S. Erbs vor etwa 500 Kollegen einen recht instruktiven Vortrag über: „Der Tief- und Offsetdruck“. In geradezu glänzender Weise verstand es der Redner, die Kollegen in das Wesen der neuen Druckverfahren einzuführen. Wesentlich zum Verständnis des Vortrags trugen auch die Skizzen bei, die in musterglücklicher Weise alles Wissenswerte an den Maschinen darstellten. — Am 17. November fand dann wieder eine Vertrauensmännerversammlung statt, in welcher unser Vorsitzender Marau ein Referat über verschiedene unlesbare Vorkommnisse in Berliner Buchdruckereien und deren Beseitigung hielt. — Am 19. November fand eine Besichtigung der Lagermann-Prese statt, an welcher etwa 300 Kollegen teilnahmen. — Die am 9. Dezember stattgehabte Vereinsversammlung wurde ganz mit der Besprechung des Rundschreibens Nr. 36 der Zentralkommission ausgefüllt. Der Ertrag der außerordentlich regen Debatte war festhalten an den zu dieser Angelegenheit früher gefassten Beschlüssen. — Die am 11. Januar abgehaltene Jahrgeneralversammlung nahm den vom Kollegen Marau erstatteten Bericht des Vorstandes für das Jahr 1913 entgegen. Daraus ging hervor, daß vorzugsweise auf technischem Gebiete viel geleistet wurde, ohne daß darum die Fortbildung der Mitglieder auf organisatorischem, tariflichem und wirtschaftspolitischen Gebiete vernachlässigt wurde. Für den vom Kassierer Wark erstatteten Kassenbericht wurde diesem einstimmig Entlassung erteilt. Einem Antrage des Vorstandes, den Monatsbeitrag von 50 Pf. fallen zu lassen und statt dessen den 10 Pf.-Wochenbeitrag einzuführen, stimmte die Versammlung im Prinzip zu; jedoch soll dieser Antrag noch bis frühestens zur Generalversammlung im Juli 1914 zurückgestellt werden. Einen breiten Raum nahmen die Neuwahlen des Vorstandes und der Technischen Kommission ein. Die beiden bisherigen Vorsitzenden trafen von ihren Ämtern zurück. An Stelle des Kollegen Marau wurde Kollege Alfred Schulze als erster Vorsitzender gewählt. Im Namen des Vorstandes dankte Kollege Schulze den beiden auscheidenden Mitgliedern für ihre stets treue Pflichterfüllung, vorzugsweise aber dem Kollegen Marau für die rastlose und selbstlose Art, in der er stets für den Verein gearbeitet hat. Das neue Geschäftsjahr begann mit einem in seiner Art großen Ereignis. Was es uns doch durch das überaus liebenswürdige Entgegenkommen des Herrn Direktor Bock von der Elberfelder Papierfabrik A.-G. möglich, das Fabrik-etabliement in Selsow in vollem Betriebe zu besichtigen. Welch großes Interesse für diese Veranstaltung bei unsern Mitgliedern vorhanden war, ist daraus zu ersehen, daß etwa 600 Anmeldungen hierfür eingegangen waren, von denen leider, wegen eventueller Gefährdung des Betriebes, nur etwa 300 berücksichtigt werden konnten. Allen Teilnehmern dieser Besichtigung dürfte sie noch lange in Erinnerung bleiben, wurden doch unter Leitung sachkundiger Herren alle einzelnen Zweige der Papierfabrikation auf das eingehendste erklärt, so daß ein jeder Teilnehmer auf seine Rechnung gekommen ist. Ein Vortrag des Herrn Betriebsdirektors führte dann später den Teilnehmern noch einmal die Fabrikation des Papiers vom Holze bis zum gebrauchsfertigen Bogen vor. Wir fühlen uns verpflichtet, allen Herren der Firma auch an dieser Stelle nochmals den Dank des Vereins für das Gebotene abzustatten. — Die Rotationsabteilung unfres Vereins beschäftigte sich in ihren Versammlungen im Berichtsjahre vorzugsweise mit technischen Fragen. Die Vortragsthemen waren hier folgende: „Die Hebelsteine König & Bauersche Maschine“, „Der Kapfdrucker“, „Der Tiefdruck“. Außerdem wurden in jeder Versammlung technische Fragen diskutiert.

Elbing. Am 25. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Zu Beginn gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Gewerkschaftssekretärs Hermann Trille, dessen Tod einen großen Verlust für die Elbinger Arbeitererschaft bedeutet. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen in üblicher Weise. Die Vorstandswahlen zitierten durchweg eine neue Besetzung der Ämter. Es wurden u. a. gewählt die Kollegen Otto Schmidt als Vorsitzender und Karl Baum als Kassierer. Das vor kurzem fertiggestellte Provinzialkaufmannheim hat in seinen Räumen neben andern Betrieben auch eine Druckerei eingerichtet. Höfe Erfahrungen damit machte ein taubstummer Kollege, der den Betrieb auf eigene Rechnung übernehmen wollte. Ihm wurde zugemutet, die nicht besonders zahlreich einlaufenden Aufträge in den Feierabendstunden zu erledigen; eine Stellung hatte ihm der Vorbesitzer des Heims, ein Pfarrer, in einer andern Druckerei begehrt. Da dem Kollegen eine derartige Zumutung nicht paßte, es auch zwischen ihm und dem Pfarrer sonst noch zu Reibungen kam, löste er das eingegangene Verhältnis und kehrte Elbing den Rücken. In einem Schreiben konnte es sich der „menschenfreundliche“ Herr Pfarrer nicht verlagern, dem Ausziehenden Unfähigkeit und Faulheit vorzuwerfen; nur an der Nachsicht des Vorbesizers habe es gelegen, daß er nicht schon früher seine Kündigung erhalten hätte. Sostentlich fällt nicht noch ein anderer Kollege auf etwaige Geluche herein. Es ist dringend zu wünschen, daß die hiesigen Kollegen durch vollständigen Besuch unfser Versammlungen ihr Interesse.

Bezirk Koffbus. In der am 25. Januar stattgehabten Frühjahrsbezirksversammlung waren mit wenigen Ausnahmen fast sämtliche Druckorte unfres Bezirks vertreten. Eingeleitet wurde die Versammlung mit einem stimmungsvollen Liede vom Gesangsverein „Synographia“ (Koffbus). Reicher Beifall wurde der noch jungen Sängerschar zuteil. Sodann eröffnete Kollege Löpert die Versammlung und begrüßte die erschienenen Kollegen sowie den ebenfalls anwesenden Gauvorsitzer Hannack (Stettin) und den Bezirkskassierer des Bezirks Frankfurt a. O., Kollegen Gellenberg, namens des Bezirksvorstandes. Vor Eintritt in die umfangreiche Tagesordnung gedachte der Vorsitzende noch in warmen Worten der hervorragenden Verdienste des Kollegen Reihäuser um unfre Organisation. Die Versammlung ehrte das Andenken dieses auf so tragische Weise geendeten Kollegen durch Erheben von den Plätzen. In kurzen Umrissen gab nummehr Kollege Löpert ein allgemeines Resümee über die Lage in unfrem Bezirk und konnte am Schluß seiner Ausführungen mit Genugtuung konstatieren, daß trotz der auch hier sich fühlbar machenden wirtschaftlichen Depression Fortschritte zu verzeichnen seien. Einen breiten Raum der Verhandlungen nahm die vom Bezirksvorstande vorgeschlagene Beitragserhöhung um 5 Pf. pro Mitglied und Woche ein. Nachdem Kollege Urb an den Kassenbericht gegeben, begründete er die Beitrags-erhöhung ausführlich und wies an der Hand eines einwandfreien Zahlenmaterials nach, welche beträchtliche Höhe die Ausgaben des Bezirks im letzten Jahrfrakt erreicht hätten, ohne daß anderseits die Einnahmen gestiegen wären. Dieser Zustand sei auf die Dauer unhaltbar und erhebe dringend die erbetene Beitragserhöhung. Die hierauf vorgenommene Abstimmung ergab die glatte Annahme der Beitragserhöhung mit rückwirkender Kraft ab 1. Januar 1914. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Hieran anschließend folgte sodann die Berichterstattung aus den einzelnen Druckorten. An markanten Beispielen wurde den anwesenden Kollegen vor Augen geführt, wie und wo unfre Agitation in Zukunft noch einzusetzen hat. Als Kuriosum verdient registriert zu werden, daß in Spremberg außer einem Barbier auch ein Schneider einen Kumpfen errichtet hat! Die nummehr folgende Vorstandswahl ergab erfreulicherweise die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder, mit Ausnahme des stellvertretenden Schriftführers. Den Höhepunkt der Verhandlungen bildete ein großzügiges Referat des Gauvorsitzers Hannack, das allseitige Anerkennung fand. Nach Erledigung einiger innerer Angelegenheiten wurde die anregend verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen. Der nächste Bezirkskongress findet in Forst i. N. statt.

G. Mannheim. Unsr ordentliche Generalversammlung, welche am 25. Januar nachmittags im Saale der „Bäckereiminnung“ stattfand, hatte sich eines äußerst zahlreichen Besuchs zu erfreuen; es mögen wohl etwa 400 Kollegen anwesend gewesen sein. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende Lauffer dem durch ein jähes Mißgeschick aus dem Leben geschiedenen Kollegen Reihäuser, dem langjährigen Redakteur des „Korr.“, einen ehrenden Nachruf. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen in üblicher Weise. Vom Bezirksvorstande Ludwigshafen war deren Vorsitzender Rost anwesend, welcher begrüßt wurde. Beim „Geschäftlichen“ wurde eine Einladung von Freiburg i. Br. zur Besetzung gebracht zum 50jährigen Stiftungsfeste des dortigen Bezirksvereins; eine Entschliesung hierüber wird erst später getroffen werden. Es wurde noch auf die Überflüssigkeit hingewiesen, welche der Verbandsvorstand am 1. April in Kraft treten läßt; ebenso wurde wieder der Kampf unfser österreichischen Kollegen beleuchtet und die Mitglieder zu strengem Solidarischen Handeln verpflichtet. Den Bericht über die Abrechnung pro viertes Quartal erstattete Kassierer Huber, dem hierauf Entlassung erteilt wurde. Auf Antrag des Vorstandes wurde noch zugestimmt, daß wir uns bei der Milchzentrale mit der Entnahme einer Mütze von 200 Mk. (seit 100 Mk.) beteiligen. In großzügiger Weise erstattete hierauf Kollege Lauffer den Jahresbericht, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Die hierauf vorgenommene Neuwahl des Vorstandes zitierte das Resultat, daß sämtliche leitende amtierende Kollegen wieder gewählt wurden, trotzdem einige Kollegen amtsüdtig waren, speziell unser Vorsitzender Lauffer, der auch als Vorsitzender bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse hier fungiert. Kollege Niemann dankte im Auftrage der Mitglieder dem Vorstande für seine geleistete Arbeit im abgelaufenen Jahre, was die Versammlung durch Erheben von den Sitzen bekräftigte. Die Remuneration für den Vorstand blieb wie seither bestehen (eine „Lohnerbhöhung“ wurde nicht begehrt), ebenso wurde für unvorhergesehene Ausgaben dem Vorstande die gleiche Summe wieder zur Verfügung gestellt wie seither. Die anregend verlaufene Generalversammlung schloß der Vorsitzende mit einem kräftigen Hoch auf den Verband und dem Wunsche auf künftigen regen Versammlungsbesuch.

München. (Maschinenmeisterverein.) Am 24. Januar fand eine ordentliche Monatsversammlung statt, die einen guten Besuch zu verzeichnen hatte. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Vorsitzender Süßner von dem Ableben des Kollegen Reihäuser Kenntnis und schilderte in einigen Ausführungen die großen Verdienste, die sich der Verstorbene um unfre Organisation und die Tarifgemeinschaft erworben hat, worauf sich die Versammlung zum ehrenden Gedenken von den Sitzen erhob. Sodann wurden die Aufnahmen und Abtritte einstimmig aufgenommen und die „Vereinsmitteilungen“ erledigt. Den Punkt 3 bildete ein Vortrag über „Das Autotypie-Stereotyp-Verfahren“ der Firma Winkler, Falter & Co. Kollege Hammerla gab ein anschauliches und genaues Bild über

das Arbeiten mit diesem Verfahren, das peinlich laudere Behandeln der Originale sowie den Arbeitsvorgang der zur Herstellung der Matrizen notwendigen Presse schilderte, um dann überzugehen zum Kupfer- und Niederbade. Die maßgebendsten Erläuterungen hierzu gab der Vertreter der Firma, Herr Volcke. Der Vortrag löste eine rege Diskussion speziell über die Wirkung dieser Erfindung auf die Drucker aus. Der Vorsitzende konnte nach zurückentfendender Verantwortung verschiedener Fragen durch die Vortragenden diesen den Dank der Versammlung aussprechen. Nachdem noch einige technische Fragen ihre Erledigung gefunden hatten, wurde die Versammlung geschlossen.

Schramberg. Die am 17. Januar stattgehabte Generalversammlung hatte sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen. Nach Bekanntgabe der zahlreichen geschäftlichen Eingänge erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, der von der Versammlung einstimmig aufgegeben wurde. Der Kassierer erstattete den Jahreskassenbericht, worauf ihm Entlassung erteilt wurde. Danach folgte der Kartellbericht. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Zu dem am 4. und 5. April stattfindenden Gaukongress wurde Stellung genommen und als Delegierter der Vorsitzende vorgeschlagen. Die Versammlung erledigte dann noch zum Schluß interne Angelegenheiten.

○○○○○○○ Rundschau ○○○○○○○

Glückliche Buchdrucker! In Heilbronn a. N. hatten fünf Verbandskollegen das Glück, den Haupttreffer der Stuttgarter Lindemuseumslotterie in Höhe von 50000 Mk. zu gewinnen. Fortuna hat also diesmal an die richtigen Türen geklopft.

Die Wahrnehmung berechtigter Interessen durch die Presse in Streikfällen. Das Düsseldorf'sche Schöffengericht wies kürzlich eine Privatklage gegen den Redakteur einer sozialdemokratischen Zeitung aus folgenden Gründen ab: „Der Privatklage war der Erfolg zu verlagern, weil der in Frage kommende Artikel der Wahrnehmung berechtigter Interessen war. Zweck des Artikels war, die Streikbewegung des Deutschen Metallarbeiterverbandes auf der Kugellagerfabrik 'Rheinland' zu beleuchten und den Lesern, insbesondere den Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiterverbandes, ein Bild von der Haltung des christlichen Verbandes, wie sie seiner Meinung nach vorlag, zu geben. Dieses Interesse war für den Beschuldigten ein naheliegendes, da die 'Volkszeitung' nach dem Düsseldorf'schen Ortsfrakt des Deutschen Metallarbeiterverbandes das Publikationsorgan dieses Vereins ist. Da auch eine Beleidigung in der Form der Äußerung nicht vorliegt, war dem Beschuldigten der § 193 des Strafgesetzbuchs zuzubilligen und die Privatklage daher zurückzuweisen.“ Diese Begründung schließt selbstverständlich die Konsequenz ein, daß jede Zeitung, die als Publikationsorgan einer Gewerkschaft gilt, diesen Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs in ähnlichen Fällen beanspruchen kann.

Abnennungsverficherung und sozialdemokratische Presse. Die „Münchener Post“ führt ab 1. April die Abnennungsverficherung gegen Todesfall und Ganzinvalidität mit 1000 Mk. im Vertragsverhältnis mit der Münchener Lebensversicherungsbank an. Diese Versicherung stützt sich auf die Zustimmung aller für München in Frage kommenden Parteiführer, während erst vor kurzem der Parteiausschuss mit 43 gegen 2 Stimmen gegen ihre Einführung votierte und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion schon vor Jahren ein gesetzliches Verbot der Abnennungsverficherung beantragte.

Abgewiesene Schadenersatzklage gegen eine Gewerkschaft. Seitdem einige Gerichte die durch Streikfälle hervorgerufene Schadenersatzpflicht der Gewerkschaften anerkannt haben, mehren sich solche Prozesse, bei denen die Unternehmer sich an dem Vermögen der Gewerkschaften schadlos halten wollen. In einem solchen Prozesse, den die Baumunternehmer Bohnhoff & Palm gegen den Zweigverein Hamburg des Deutschen Bauarbeiterverbandes führten, wurden nun am 3. Februar die Kläger mit ihrer Forderung abgewiesen. Der Prozeß ist seit dem Herbst 1909 anhängig. Der Tatbestand ist folgender: An den Bauten der Kläger kam es zwischen ihnen und den Steinträgern zu einem Streit über eine auszuführende Arbeit, die von den Steinträgern verweigert wurde, weil sie nach ihrer Meinung nicht zu der vom Unternehmer verlangten Arbeit verpflichtet waren. Die Folge war die plötzliche Entlassung der Steinträger. Durch die Entlassung der Steinträger wurden nun auch die Maurer in Mitleidenschaft gezogen. Die Bauten der genannten Unternehmer wurden von der damals noch bestehenden Organisation der Bauhilfsarbeiter gesperrt. Dießem Beschlusse schlossen sich auch die Maurer an. Die Steinträger klagten beim Gewerbegericht auf Zahlung des Akkordlohnes wegen ungerechtfertigter Entlassung. Sie wurden mit ihrer Forderung aber abgewiesen, auch das Landgericht wies die eingelegte Berufung als unbegründet zurück. Zwischenzeitlich hatte der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie die Angelegenheit aufgegriffen und die Unternehmer beeinflusst, daß sie beim Gericht einen Antrag auf Einstellung der weiteren Verberiffung der Sperre stellen sollten. Tatsächlich wurde eine solche gerichtliche Verfügung auch erteilt. Gleichzeitig strengen sie gegen den Zweigverein der Maurer und den der Bauhilfsarbeiter eine Entschädigungsklage an. Die gegen den Maurerverband erhobene Klage wurde schließlich noch vor der Verhandlung zurückgezogen. Der Schadenersatzanspruch richtete sich also nur gegen die Organisation der Hilfsarbeiter. Die Höhe (Fortsetzung in der Beilage.)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 19 — Leipzig, den 14. Februar 1914

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

des Schadens wurde auf 8625 Mk. nebst den üblichen Zinsen angegeben. Begründet wurde der Anspruch mit der Behauptung, daß trotz Verhofes der öffentlichen Sperre eine solche dennoch heimlich fortbestehe, ferner mit dem Hinweis auf die durch die Sperre eingetretene verpätete Fertigstellung der Bauten und die damit verbundenen höheren Ausgaben für Baugelder sowie die entstandenen Mietverluste. Für die erste Behauptung der Unternehmer, wonach die Sperre heimlich fortbestehe, fehlte es an jedem Beweise. Die Sache lag einfach so, daß nach der damaligen, mit einem glänzenden Fiasko für die Unternehmer beendigten Ausperrung überall Bauarbeiter in Hamburg gelockt wurden, und daß deshalb niemand nötig hatte, bei den Unternehmern um Arbeit anzusuchen. Aus diesem Grund allein blieben die Bauten nur mangelhaft mit Arbeitern besetzt. Und eine Verpätung in der Fertigstellung der Neubauten hatten die Unternehmer ohnedies verschuldet, da sie sich auch an der Ausperrung beteiligen hatten, freiwillig oder gezwungen durch die Unternehmerorganisation. Das Landgericht wies denn auch die Unternehmer mit ihrer Forderung ab. Indessen das Oberlandesgericht erklärte die Forderung dem Grunde nach für berechtigt. Und das Reichsgericht, an das sich die Beklagten mit einer Revision wandten, verwarf diese. Die Sache ging also wieder an das Landgericht zurück, das den Schaden festzustellen hatte. Darüber waren bereits drei Jahre vergangen. Im Jahre 1913 hatte das Landgericht wiederholt Termine angeordnet und Beweiserhebungen beschloffen, die aber für die Kläger nicht besonders glücklich ausgefallen sind. Am 3. Februar d. J. wurden endlich die Kläger mit ihrer Forderung abgewiesen. Das Urteil ist zwar noch berufsungsfähig; aber es ist nicht daran zu zweifeln, daß wenn die Unternehmer noch einmal Berufung einlegen, auch diese zu ihrem Ungunsten ausfallen muß.

Fortschritt der „Volksfürsorge“. Das seit Anfang dieses Jahres von der „Volksfürsorge“ herausgegebene Monatsblatt bringt aufs neue Kunde von der erfreulich günstigen Weiterentwicklung des Volksversicherungsunternehmens der deutschen Arbeiter. Im Monat Januar waren im ganzen 12675 Anträge zu erledigen. Davon betrafen 10008 die Kapitalversicherung mit einer Versicherungssumme von 2464882 Mk. Für die Spar- und Risikoversicherung gingen 2531 Anträge ein, wobei durch die letztere 60315 Mk. versichert sind; danach waren vom 7. Juli 1913 bis 31. Januar 1914 zu erledigen 87421 Anträge mit einer Kapitalversicherungssumme von 15686726 Mk. und einer Risikoversicherung von 635887 Mk. Diese Entwicklung übertrifft die zur Behämpfung der „Volksfürsorge“ errichteten Konkurrenzgesellschaften in hohem Maße. Während die sämtlichen öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten von Juni bis 31. Dezember 1913 nur eine Versicherungssumme von „mehr als sieben Millionen Mark“ versicherten und über die Zahl ihrer Anträge überhaupt nichts sagen, brachte es die Deutsche Volksversicherung A.-G. in der Zeit von Juli bis 31. Dezember 1913 nur auf 10200 Anträge mit einer Versicherungssumme von 3200000 Mk.

Städtische Lebensmittelversorgung. Für die städtische Lebensmittelversorgung, wie sie in Budapest in großartiger Weise eingerichtet und in Nr. 16 an dieser Stelle schon näher besprochen wurde, interessieren sich neuerdings zahlreiche Stadtverwaltungen. In diesem „Besten Stand“ haben die Magistrate der Städte Moskau und Augsburg um die Übermittlung einschlägiger schriftlicher Daten. Die Stadt Straburg entsandete einen ihrer Gemeindevorstände, die Stadt Smirna ihren Oberbürgermeister, die Stadt Belgrad zwei Magistratsräte nach Budapest, um den kommunalen Lebensmittelverkauf und den Betrieb der Profabrik an Ort und Stelle zu studieren. Hoffentlich führen diese Studien zu einem praktischen Resultat auch für deutsche Städte.

„Christlicher“ Terrorismus. In Allenstein (Ostpreußen), also schon vor mehreren Jahren „christliche“ Gewerkschaftsprinzipien durch Abschluß eines einseitigen „christlichen“ Tarifvertrags, nach dem Anders- oder Nichtorganisierte niedrigere Löhne erhalten sollten, in höchster Reinkultur erkranken, brachte dieser Tage ein Gerichtsprozeß ein vernichtendes Urteil über Terrorismus seitens christlicher Gewerkschaftsmitglieder. Das „Allenstein Volksblatt“ berichtet in seiner Nummer vom 4. Februar d. J. darüber folgendes: „Am 3. November 1913 fing der Maurer Rudolf an den Neubau des Maurermeisters Pfeiffer in Allenstein zu arbeiten. Als bald darauf verlangte ein christlich organisierter Maurer, daß er und die andern Bauarbeiter an einem Tag ihre Mitgliedsbücher (vom christlichen Bauarbeiterverband) auf den Bau zur Kontrolle mitbringen sollten, weil angeblich verschiedene Bauarbeiter nicht organisiert waren. Der Maurer Rudolf gehörte früher dem christlichen Bauarbeiterverband als Mitglied an, ist aber ausgestiegen, weil er nach seiner Angabe mit diesem Verbande schlechte Erfahrungen gemacht hat. Er weigerte sich deshalb dem Verbands wieder beizutreten. Darauf ist der Vertrauensmann des christlichen Bauarbeiterverbandes, Maurer Karrek, an Rudolf herangekreten und verlangte, daß er dem Verbands beitrete, andernfalls er mit der Arbeit aufhören müsse. Als Rudolf sich weigerte,

der Aufforderung des Karrek nachzukommen, ging dieser zum Polier auf den Bau und verlangte von diesem, falls Rudolf dem Verbands nicht beitrete, müsse er aus der Arbeit entlassen werden, andernfalls würden die andern christlich organisierten Maurer die Arbeit auf dem Bau einstellen. Der Polier, der ebenfalls dem christlichen Bauarbeiterverband angehört, stellte Rudolf zur Rede, ob er dem Verbands beitreten wolle, andernfalls sei er gezwungen, ihn aus der Arbeit zu entlassen, sonst würden die andern christlich organisierten Maurer die Arbeit niederlegen. Da Rudolf sich weigerte, dem genannten Verbands beizutreten, entließ ihn der Polier. Durch den Terrorismus der christlich organisierten Maurer hat Rudolf die Arbeit verloren und war längere Zeit darauf arbeitslos. Seht stelle Rudolf gegen den Vertrauensmann des christlichen Verbandes, Karrek, Klage an wegen Entschädigung für die Zeit der Arbeitslosigkeit im Betrage von 60 Mk. In der gerichtlichen Verhandlung wurde, wie man schreibt, die Terrorismus durch Zeugen, die ebenfalls Mitglieder des christlichen Verbandes sind, festgestellt und das Königl. Schöffengericht verurteilte Karrek zur Zahlung von 60 Mk. Entschädigung an den Kläger und zur Tragung der Kosten. Von der Stellung eines Strafantrags gegen Karrek hat Rudolf Abstand genommen. Andernfalls hätte Karrek nach § 153 der Gewerbeordnung eine Gefängnisstrafe erhalten können.“ — Sollte es wieder einmal einem Verfechter „christlicher“ Gewerkschaftsideen einfallen, von einem Terrorismus der freien Gewerkschaften zu sagen, so dürfte es sich empfehlen, diese Verurteilungen an dieses einen Zentrumsblatt entnommene Gerichtsurteil zu erinnern. Es wird zweifellos dazu beitragen, die Herren zum Verkommen zu bringen, wenn sie nach einem Funken von Wahrheits- oder Gerechtigkeitsliebe im Leibe haben.

Beginnende Ferkung unter den Selben. Gleich wie bei den „Christlichen“ eine Überpannung einseitiger Gesichtspunkte auf religiöser Grundlage mit Naturnotwendigkeit allmählich zu einer schweren Krise geführt hat, so auch bei den Selben die Verzerrung nationaler und politischer Probleme. Der prägnante chauvinistische Sinn, der die „Wirtschaftsfriedlichen“ zusammenhalten soll, verliert auf die Dauer seine Wirksamkeit. Wir haben schon wiederholt gehört von schweren Differenzen, die die Reihen der Selben aufwühlten. Jetzt wird ein gleiches aus Magdeburg berichtet, und zwar ist es das dortige gelbe Blatt selbst, das den verhängnisvollen Schleier von diesen Zuständen wegzieht. Sader und Streit seien eingezogen, so heißt es, so daß die „Förderung zur Kollegialität zum Märchenbilde geworden und das wichtige Moment der Wahrung der wirtschaftlichen Interessen herabgekommen sei zu einem Feilschen um Paragraphen, Abrechnungen — alles in allem eine gebohrte Säule, ein zerplatzter Stamm, den noch stützen zu können auch der Zielbewußteste nicht mehr erhoffen dürfte.“ Trotz dieser doch wahrhaft verzweifelter Situation wurde der Versuch unternommen, der „gebohrten Säule“ wieder aufzuhelfen. Dazu wurde dieser Tage eine Versammlung abgehalten, in der ein „Kartell der vaterländischen Arbeitervereine von Magdeburg und Umgegend“ gegründet werden sollte. Der Syndikus der Reichsverbände, Dr. Pöhl, hatte die Aufgabe, die auseinanderstrebenden Elemente wieder zusammenzuführen. Der Erfolg war der, daß es zu einer willigen Auseinandersetzung kam, die schließlich in persönlichem Akt und Pfad endete. Unter diesen Umständen hat es auch keine Bedeutung, daß die Mehrheit der Versammlung sich zuletzt noch „prinzipiell“ für die Gründung eines Kartells entschied. Das gelbe Blatt meint selbst, wenn das Kartell zustande kommen sollte, dann müßte mit einem eisernen Befehl gründlich ausgelegt werden. Diese Gärungen in den Reihen der Selben kommen nicht von ungefähr; sie sind in dem Wesen dieser „Bewegung“ begründet, die nicht großen Zielen nachstrebt, sondern sich stützt einseitig auf den terroristischen Zwang, den das Unternehmertum ausübt, und andererseits auf jene halbtoten Charaktere, die da glauben, durch lebdienerisches Wohlverhalten weiter zu kommen als durch zielklaren Zusammenschluß mit ihren Arbeitskollegen. Da ergeben sich zu bald Differenzen, die auch so leicht nicht zu überbrücken sind, weil ein einseitiges, alle zusammenfassendes Band fehlt. Solche Streitigkeiten aber fördern in den Reihen der Arbeiter die Erkenntnis, daß nicht bei den Selben, die nur dem Unternehmertum dienen, ihr Platz ist, sondern daß sie in die freien Gewerkschaften hineingehören.

Zur ewigen Kalenderreform. Obgleich schon gerade genug über eine Kalenderreform nachgedacht und geschrieben worden ist, ohne daß bis jetzt viel dabei herausgekommen, wiewohl sich meist nur hochgelehrte Herren damit beschäftigen haben, so dürfte es für viele nicht ohne Interesse sein, daß sich auch in unsern Reihen Leute befinden, die sich mit diesem schwierigen Problem abgeben. So sandte uns dieser Tage der 77jährige Seberinvalide Leonhard Klein in Heideberg das Resultat seiner Studien und Überlegungen auf dem Gebiete der Kalenderreform mit der Bitte, die Kelerwelt des „Korr.“ damit zu beglücken. Wir entsprechen diesem Wunsch gern, obwohl wir als ziemlich sicher annehmen, daß sowohl dieser neuste Entwurf wie auch die vielen schon bekannten und alten Pläne auf diesem Gebiete wenig Aussicht auf praktische

Verwirklichung haben; aber als Beweis für die Schwierigkeit der Sache überhaupt soll auch die Arbeit dieses Kollegen von uns nicht geringer geschätzt werden als die der wissenschaftlichen, kirchlichen oder wirtschaftlichen Kalendermacher. „Der Vorschlag unsres Kalendermannes aus dem Lande des „Sinkenden Spies“ lautet folgendermaßen: „Das Jahr hat 13 Monate; den 13. Monat könnte man Neumonath oder Christmonath nennen, bis ein besserer Name gefunden ist. Jeder Monat hat 4 Wochen gleich 28 Tage, 13 x 28 gleich 364 Tage. Der Neujahrstag gilt als ein Tag ohne Datum; tritt ein Schaltjahr ein, dann gibt es einen 1. und 2. Neujahrstag ohne Datum; mithin hat man immer mit 364 Tagen zu rechnen. Ein Vierteljahr hat 3 Monate und 7 Tage, gleich 13 Wochen, gleich 91 Tage. Ein halbes Jahr hat 6 Monate und 14 Tage gleich 26 Wochen, gleich 182 Tage. Ein Dreivierteljahr 9 Monate 21 Tage, gleich 39 Wochen, gleich 273 Tage. Ein ganzes Jahr hat 13 Monate, gleich 52 Wochen, gleich 364 Tage. Die Vierteljahrsziele sind dann am 1. Januar, 8. April, 15. Juli und 22. Oktober; je 13 Wochen. Die unliebsamen Verschleppungen der Feiertage und Feiertage, über welche schon längst geklagt wird, wären beizugehen, denn alle würden jedes Jahr auf denselben Tag und Datum fallen, z. B. Faschnacht am 17. Februar, Ostern am 8. und 9. April, Pfingsten am 1. und 2. Juni, Weihnachten am 22. und 23. Christmonath. Am 28. des Christmonats wäre Silvester, dann folgt der Neujahrstag ohne Datum. Der Januar beginnt mit einem Sonntag und endigt am 28. Januar mit einem Sonnabend; alle 13 Monate würden so beginnen und endigen. Jeder Monat hat vier Sonntage. Viermal 13 gleich 52. Diejenigen, welche am 29., 30. und 31. geboren sind, hätten ihren Geburtstag am 1., 2. und 3. des folgenden Monats, bis dieser Stamm ausgestorben ist.“

Gestorben.

In Breslau am 5. Februar der Stereotypen Alfred Schild von dort, 31. Jahre alt — Gelenkthrombismus.
In Bromberg am 4. Februar der Drucker Franz Barzel aus Tiffit, 42 Jahre alt.
In Elbing am 28. Januar der Buchdrucker Franz Stamm von dort — Tuberkulose.
In Frankfurt a. M. am 7. Februar der Drucker August Holland von dort, 53 Jahre alt.
In Hamburg am 10. Februar der Seher Albert Mägge aus Altona i. Harz, 54 Jahre alt.
In Hannover der Buchdruckerinvalide Heinrich Urmöhlen, 80 Jahre alt, und der Seher Gustav Gehrhards, 54 Jahre alt.
In Kattowik am 8. Februar der Drucker Max Ciemienga aus Jawlerice, 26 Jahre alt.
In München am 7. Februar der Stereotypen Peter Sehtner von dort, 31 1/2 Jahre alt — Lungenleiden; am 8. Februar der Seher Adolf Weiz aus Regensburg, 43 Jahre alt — an den Folgen einer Blinddarmerkrankung.
In Nürnberg am 8. Februar der Buchdruckerinvalide Friedrich Fleischmann aus Ansbach, 51 Jahre — Darmkrebs.
In Eicherns b. Meran am 21. Januar der Seher Franz Supp, 26 Jahre alt — Lungenüberkühlung.
In Weidheim (Oberbayern) am 6. Februar der Buchdrucker Ludwig Haag aus Illerissen, 48 1/2 Jahre alt.
In Weimar am 5. Februar der Seher Max Klepel aus Nordhausen, 35 Jahre alt — Nierenleiden.
In Wien am 27. Januar der Seher Viktor Bellard, 55 Jahre alt; an demselben Tage der Seher Franz Stadny, 58 Jahre alt.

Briefkasten.

S. S. in G.: Wenn der betreffende Kollege den „Korr.“ besser lesen würde, so hätte er sich unnötige Ausgaben sparen können. Denn zwei Tage vorher, ehe der Kollege mit der Firma Wildpahl & Schwesinger in Verbindung trat, wurde im „Korr.“ (Nr. 12) vor ihr gewarnt. — R. M. in B.: Ein solches Buch ist uns nicht bekannt. Wenden Sie sich an den französischen Verbandsvorstand, dessen Adresse Sie in Nr. 14 des „Korr.“ finden. — C. Sp. in Passau: Adressen von graphischen Vereinigungen veröffentlicht wir nicht. — R. J. in S.: Besten Dank. Nur wird es sich schwerlich machen lassen, da gerade jetzt stark in Anspruch genommen. Grd. Grub. — J. J. in W.: Für gest. Benachrichtigung besten Dank. Der fehlt allerdings noch! Werden rechnerischer. Für weitere Mitteilungen wären wir sehr verbunden. — Städtspitz: Durchgebeite! Wollen sehen, wie sich am besten ein Punkt zum Einsehen bietet. Ohne weiteres möchten wir damit nicht kommen, da sonst die Wirkung von vornherein Einbuße erleiden würde. — M. Str. in E.: Also dann am 7. März! Diesmal aber mit doppelter Voricht und besserem Training! Grd. Grub! — D. W. in Chemnitz: 2,60 Mk. — J. B. in Kattowik: 2,15 Mk. — R. S. in Frankfurt a. M.: 2,30 Mk. — W. Sch.: 3,05 Mk.

Verchiedene Eingänge.

„Für Alle Welt.“ Illustrierte Zeitschrift. Verlag: Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin. XX. Jahrgang, Heft 13. Preis 40 Pf.

Verbandsnachrichten

Berlin SW 29, Chausseepark 511.
Fernsprecher: Amt fürstlich, Nr. 1191.

Bekanntmachung.

Die geehrten Herren Gauassessoren machen wir darauf aufmerksam, daß mit den vier Quartalsabrechnungen des Jahres 1914 sämtliche Quittungen über gezahlte Unterstützung an vorübergehend Arbeitsunfähige eingeklärt werden müssen. Es ist genau darauf zu achten, daß auf diesen Quittungen die Zahl der geleisteten Wochenbeiträge angegeben ist.

Berlin. Der Verbandsvorstand.

Gau Rheinland-Westfalen. Die vereidigten Funktionäre werden gebeten, dem Seher Wilhelm Gehner (Hauptbuchnummer 37619) das Verbandsbuch abzunehmen und an den Gauvorstand in Köln, Gereonshof 28, einzusenden.

Erfurt. Die Herren Funktionäre werden höflichst gebeten, den Seher August Haupt, zuerst in Erfurt in Stellung, darauf aufmerksam zu machen, daß er umgehend seine Adresse an den Schiedsgerichtsvorstand H. Jmig, Altenstraße 29 par., gelangen läßt, zwecks Zustellung eines Schiedsgerichtsschieds.

Königsberg i. Pr. Der Seher Leonard Olkowski, geb. in Grissen 1894, geht angeblich in Dessau, wird aufgefordert, sich innerhalb 14 Tagen beim Kollegen D. Diferode, Sachheim r. Straße 121 III, zu melden, andernfalls Ausschluß erfolgt.

Adressenveränderungen.

Mugsburg. Vertrauensmann: Hans Edelmann, Baumgartnerstraße 19 II.

Frankfurt a. M. (Maschinenlehervereinigung Frankfurt-Hessen.) Vorsitzender: Theodor Reuter, Neu-Sonnenburg, Frankfurter Straße 183; Bezirksvorsitzender des Bezirks Frankfurt: Gustav Flügel, Frankfurt a. M., Saburger Allee 24.

Leipzig. (Maschinenlehervereinigung.) Kassierer: Otto Krause, Leipzig-Kleinbischdorfer, Bahnhofsstraße 31 II. **Ostfriesland.** (Verein aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.) Vorsitzender: D. Stohrer, Goethestraße 76. **Sachsen i. B.** Vorsitzender: Otto Haberstumpf, Wilhelmstraße 29.

Saarland. Vorsitzender: Julius Wolf, Dillingen (Saar), Mühlenwerkstraße 33 II; Kassierer: Franz Pecina, Brauerstraße 3.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigeigte Adresse):

Im Gau An der Saale der Seher Erich Reschke, geb. in Jielzig 1888, ausgl. da. 1907; war schon Mitglied. — Hugo König in Halle a. S., Kl. Sauerstraße 7 I.

Arbeitslojenunterstützung.

Quisburg. Der Seher Ernst Buschmann (Hauptbuchnummer 63700) verlor sein Verbandsbuch und wurde ihm deshalb ein neues ausgefertigt. Das erste Buch wird für ungültig erklärt und werden die vereidigten Funktionäre gebeten, im Falle des Vorzeigens dieses Buch einzuziehen.

Berichtungs-Kalender.

Berna (Märk). Versammlung heute Sonnabend, den 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“. **Bielefeld.** Maschinenmeister Bezirksversammlung Sonnabend, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Gehilfen“. **Braunschweig.** Hauptbezirksversammlung am Sonntag, dem 15. Februar, nachmittags 3 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Breslau. Maschinenmeister-Versammlung Sonntag, den 15. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, bei Dierks, Gaudenstraße. **Eberswalde.** Versammlung heute Sonnabend, den 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal. **Gießen.** Versammlung heute Sonnabend, den 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“. **Glogau.** Maschinenmeister-Generalsversammlung Sonntag, den 22. Februar, nachmittags 2 Uhr, in Puzels Restaurant, Kleine Dörflstraße 13. **Grünberg i. Schl.** Versammlung heute Sonnabend, den 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal. **Kasseler.** Versammlung heute Sonnabend, den 14. Februar, abends 9 Uhr, in der „Brauerei Drib“. **Kattowitz.** Versammlung heute Sonnabend, den 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Rathausstraße 12. **Köln.** Maschinenmeister-Versammlung heute Sonnabend, den 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Gereonsbräu“, Griesenstraße. **Kottbus.** Maschinenmeister-Bezirksversammlung Sonntag, den 8. März, vormittags 11 Uhr, im „Schloß“ in Kottbus. Anträge bis 22. Februar an den Vorsitzenden. **Magdeburg.** Versammlung Sonntag, den 15. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Gartenhof“, Gr. Gleditschstraße 7. **Quedlinburg.** Versammlung heute Sonnabend, den 14. Februar, abends 9 Uhr, im „Fahnenplaten“. **Reutlingen.** Bezirksversammlung heute Sonnabend, den 14. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in der „Bierhalle“. **Saarbrücken.** Bezirksversammlung Sonntag, den 15. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses „Tivoli“, Gerberstraße 24. **Schweidnitz i. Schl.** Generalsversammlung Sonntag, den 15. Februar, nachmittags 3 Uhr, im „Weißen Löwen“, Breslauer Straße. **Stettin.** Maschinenleherversammlung Sonntag, den 15. Februar, vormittags 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“. **Wismar i. M.** Versammlung heute Sonnabend, den 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in der „Ballhalle“.

Zentralkommission der Maschinenmeister Deutschlands.

Die Vereine Bochum, Bonn, Bromberg, Hildesheim, Konstanz, Solingen-Wald, Worms und Würzburg sind mit ihren Beiträgen noch im Rückstande. Wir eruchen um schnelle Einfindung derselben zwecks Fertigstellung des Jahresberichts. Berlin. Der Vorstand.

Tüchtiger Monotypsetzer

(Modell D) gesucht.

Mehger & Wiffig, Leipzig. [251]

Ein tüchtiger Monotypsetzer

(Leitapparat Modell D) für dauernde Stellung gesucht. Angebote unter Angabe der Ausbildungszeit und der Gehaltsansprüche an die

Pierische Hofbuchdruckerei, Altenburg (S.-M.). [242]

Kleine rentable Buchdruckerei

(Fabrikgeschäft), sehr erweiterungsfähig, in München, mit sehr gutem modernen Material, umfänglich aber sofort zu verkaufen. Offerten unter F. W. 342 bahnhofslagernd München erbeten. [238]

Faktor

gesucht mit Einlage von 6—8000 Mk. gegen Sicherstellung. Offerten unter Nr. 235 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Druckmeister

Ein mit Mehrfarbenrotationsdruck völlig vertrauter Drucker findet gute, dauernde Stellung in einer größeren Druckerei in Stockholm (Schweden). Anfragen mit Referenzen und Angabe des Alters und der Gehaltsansprüche unter H. H. 1095 an Rudolf Mosse, Berlin SW, erbeten. Berücksichtigt werden nur Herren, die vorher an Mehrfarbenmaschinen tätig waren. [231]

Galvanoplastiker

der im Nischen und in Bleisuharbeiten bewandert ist, sofort gesucht. [240] Schriftgießerei D. Stempel u. G. Frankfurt a. M.

Galvanoplastiker

in dauernde Stellung gesucht. [241] Rauterjung & Kaufel, Solingen.

Tüchtiger Schriftschneider

der in Zeigrauren Erstes leistet und mit den galvanischen Bädern vollkommen vertraut ist, sucht seine Stellung zu verändern. Werte Offerten unter Nr. 249 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Meinel & Herold
Harmonikafabrik
Musikinstrumenten-Verein
Allgäu (Sachsen) 419
Häufigste Harmonikas in
über 200 verschiedene, Nr. 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.
Katalog an Jedermann frei

Zeilenmaß mit sämtlichen Einleitungen 20 Pf. C. Fritz, Frankfurt am Main 3.

Ortsverein Buer i. B.

Zu dem am Sonnabend, 14. Februar, im Hotel „Zur Post“ in Buer stattfindenden

Stiftungsfeste

feien Freunde und Gönner des Vereins recht herzlich eingeladen. Der Vorstand.

Allgemeine Unterstützungs-Zuschuß-Tafel für Buchdrucker in Chemnitz

Sonntag, den 22. Februar, mittags 1 Uhr, findet im kleinen Saale des „Ehallaubaus“, Sonnenstraße, untre [233]

Tageshauptversammlung

statt. Die Tagesordnung hierzu enthält folgende Punkte: 1. Jahresbericht des Vorstehers; 2. Rechnungsabschluss des Kassierers; 3. Wahl des Vorstandes; 4. Anträge; 5. Allgemeine Massenangelegenheiten. Einem zahlreichen und pünktlichen Erscheinen sieht entgegen. Der Vorstand.

Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz-, Lithographie, Stein-, Photomechanische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekte frei. Kunstgewerbechule Barmen

Alleinverkauf für Deutschland:

Coellns Fehlerbuch

Feiner empfehle sämtliche Fachliteratur, Theaterstücke, humor. Vorträge. Kollege Mathaeus, Dessau.

Deutsche Buchdrucker-

Stenographenvereinigung Stolze-Schrey. S. M.: Leo Münzler, Stettin, Zungenbagenstraße 17.

Papiermützen

zu Kappenstein in einfacher bis feinsten Ausführung. Preisliste gratis und franko. Rauch & Pöhlke, Leipzig, Gulenbergstraße 2.

Richard Härtels Bucherverband

(H. Siegl), München 2, Holzstraße 7. Fachliteratur, Werke, Musikalien u. Theaterstücke. Katalog unrednerl. und frei. Der Inhaber: Prof. Dr. H. C. M. Mit 208 Beispielen. 1 Mk. Der Maschinenmeister an der Schnellpresse. Mit 22 Abbildungen. Geb. 3 Mk.

Anlässlich meines 50jährigen Berufsjubiläums sind mir aus allen Teilen Deutschlands und besonders aus Frankfurt a. M. so viele herzliche Glückwünsche telegraphisch und brieflich zugegangen, daß es mir ein Vergnügen ist, mich auf diesem Wege für diese kollegialen Glückwünsche zu bedanken. Besonders der Firma Bauegere (Schreier) und der Herren derselben sowie dem Besondere der Buchdrucker und Schriftgießer, die meinen Ehrentrag zu einem besonders feierlichen zu gestalten wählten, öffentlichem Dank. [239] Frankfurt a. M., Sedernheim, den 10. Februar 1914.

Friedrich Reiter, Schriftsetzer.

Esperanto: Chu shi scias chion tion, kion vi juas rakontis? Kio? Kad el savas omna to, quon vu juas rakontis?

Möhere Auskunft über die auf streng wissenschaftlicher Grundlage beruhende Weltsprache „Ido“ erteilt die Geschäftsstelle des „A. B. W. B. D.“, Leipzig bei Köthen (Anhalt), 67a.

Kollege München-Siemödl, Zimmerbill. 3. mielen, fo w. Sie l. a. Göbbels, Offen-W., Solterb., Sberingstr. 1

Paul Schürmann

Maschinenmeister aus Witten, wo bist Du? [250] Karl Kuschwitz, Bochum, Müppelstraße 21.

Am 8. Februar verstarb an Lungentuberkulose im Elternhaus in Kattowitz unser werter Kollege, der Drucker

Mag Ciemienga

aus Jawierze (Ruhland), im Alter von 26 Jahren; zuerst in Moskau in Konstantin. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm. Der Bezirk Kattowitz.

Am 8. Februar verschied nach kurzen Leiden unser werter langjähriges Mitglied, der Maschinenmeister

Mag Ciemienga

im Alter von 26 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm. Maschinenmeisterverein Kattowitz.

Am 7. Februar verstarb unser werter Mitglied, der Stenotypist

Peter Jehntner

aus München, 31 1/2 Jahre alt, an Lungentuberkulose. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Mitgliedschaft München.

Am 8. Februar verstarb unser werter Mitglied, der Schriftgießer

Adolf Beif

aus Regensburg, 43 Jahre alt, an den Folgen einer Blinddarmerkrankung. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Mitgliedschaft München.

Am 10. Februar verstarb unser werter Kollege, der Seher [244]

Albert Mügge

aus Altenau, im 55. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Todesanzeige

Wederum haben wir die traurige Pflicht, das Ableben eines lieben Kollegen und langjährigen Mitarbeiters anzukündigen. Am 10. Februar verstarb nach kurzer Krankheit im 55. Lebensjahre der Schriftsetzer

Albert Mügge

aus Altenau im Harz. [246] Wir werden seiner stets in Ehren gedenken. Die Kollegen der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Buer & Co.

Am 10. Februar verstarb unser werter Mitglied, der Seher [245]

Albert Mügge

im 55. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die „Niederlasef Gulenberg von 1877“ Hamburg-Altona.

Nach langem Leiden verschied am Sonnabend, dem 7. Februar, unser lieber Kollege, der Maschinenmeister [237]

August Holland

Wir werden ihm ob seines offenen, ehrlichen Wesens ein dauerndes Andenken bewahren. Die Maschinenmeister der Frankfurter Sozialistendruckerei.

Adressen für Zusendungen an den „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“:

- Mühlstraße 1
- Rundschau, Volkswirtschaft und Arbeiterzeitung
- G. Schaeffer;
- Korrespondenzen, Ausland und Gewerkschaftsrevue: Karl Helmholz;
- Verbandsnachrichten, Interale, Offerten, Postanweisungen usw.: Georg Böblisch; sämtlich in Leipzig, Salomonstr. 8. (Fernspr. 1411.) Straße und Hausnummer sind stets anzugeben!